permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 15 / MÄRZ 1978 / PREIS: S 3.-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3409

Frankreich vor der Wende?

Der folgende Artikel stammt aus der Feder von Genossen des Spartacusbundes und wird auch in 'spartacus', Nr. 43 erscheinen.

Wir halten den Artikel im Gesamten für sehr gut und teilen auch die wesentlichen politischen Einschätzungen. Aber wir glauben, daß einige Punkte zu kurz kommen. So z.B. eine genaue Einschätzung der 'Union de la Gauche', ihrer Verbindungen zur französischen Bourgeoisie. Nicht ganz teilen können wir die wiederholt in dem Artikel angesprochene Einschätzung, wonach 'Taktiererei' und 'Spielerei' auf parlamentarischer Ebene, einen Grund für den Bruch in der Volksfront abgeben. Wir sehen gerade die unterschiedliche Bindung von PS und KP an die französische Bourgeoisie (vermittelt durch die 'Scharniere' der 'Linken Radikalen' und der Linksgaullisten) als eine der Grundlagen für diesen Bruch an. Ebenso kommt die Alternative zum Volksfrontprojekt und die Politik der extremen Linken etwas zu kurz.

Wir werden in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' (Mitte April) auf diese Punkte eingehen, sowie eine Einschätzung der Situation nach den Wahlen liefern.

Die Redaktion.

Wenn man die Periode seit 1966, seit der ersten schweren ökonomischen Krise unter der Herrschaft des Gaullismus betrachtet, so ist festzustellen, daß die französische Gesellschaft jede Menge für die Bourgeoisie gefährlicher Tendenzen hervorgebracht hat, die sich im Mai 1968 zum ersten Mal Luft gemacht haben. Der rasche Wirtschaftsaufschwung der 60er Jahre hatte nämlich ein sprunghaftes Ansteigen der Studentenzahlen, einen Zerüttungsprozeß des klassischen Kleinbürgertums (Landwirtschaft, Handel, Handwerk) und eine politische Zersetzung oder Unterhöhlung des Gaullismus zur Folge. Frankreich hat aber den Einschnitt von 1968 verkraften können. Es ist dem Kapital bis 1973/74 sogar ein weiterer Aufschwung gelungen, der sich im Rahmen eines erstmalig weltweiten Booms vollzog. Und zur Zeit hat der Anti-Inflationskurs Giscard/Barres schon niedrigere Preissteigerungsraten zur Folge (1977: 9,5%, Jänner 1978: o,5%, August 1977 bis Jänner 1978: nur 3,4%). Die sensitive Pariser Börse signalisiert mit einem langsamen Kursanstieg ein ungebrochenes Vertrauen des französischen und ausländischen Kapitals in die ökonomische und politische Entwicklung Frankreichs ('Süddeutsche Zeitung', 25./26. 2. 1978). Die Entwicklung in Frankreich drängt der Bourgeoisie nicht die Notwendigkeit auf, die reformistischen Parteien gänzlich in die Regierungsverantwortung hineinzunehmen. Der Mai 1968 hat neben einer allgemeinen 'Ungewißheit' über mögliche zukünftige Volkserhebungen ökonomisch nichts wesentliches zur Folge gehabt, keinen starken Einschnitt bedeutet. "...die Zahl von 1 Million Arbeitslosen stört den normalen Funktionsablauf der kapitalistischen Gesellschaft Frankreichs nicht im geringsten; sie schafft zwar soziale Spannungen, führt aber zu keinem radikalen Bruch" (R. Debray in 'Kursbuch' 46). Der Mai 1968 hat aber klassenpolitische Tendenzen ans Tageslicht befördert, die weiterhin als 'soziale Spannungen' wirksam sind, die sich verschärfen und politische Erschütterungen hervorrufen können.

Wir haben uns schon in der letzten Ausgabe des 'spartacus' von einer Mai-Euphorie freizumachen versucht. Insbesondere mit den reformistischen Parteien PS und KP ist diese Hoffnung auf einen neuen Mai 1968 unberechtigt. Denn gerade diese Parteien versuchen bislang alles, um einen neuen Mai nicht entstehen zu lassen, was sich zur Zeit in der



MASSENKUNDGEBUNG DER KP IN PARIS

INHALT

GEHEIMDOKUMENT ÜBER DAS RUSSELL-TRIBUNAL.......... 6

DIE WUNDER VON STAMMHEIM.... 8

SÜDAFRIKA: UNTERDRÜCKER UNTER DRUCK..............12

MARXISMUS UND VOLKSABSTIMMUNG................15

Abonniert die 'permanente revolution'

permanente revolution

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Stammheim und die Folgen

Zur Entwicklung in Portugal...7

Bahros 'Alternative'...11

Bis zum 1. Juli führen wir wieder eine Werbekampagne für unsere Zeitung durch. Wer bis zu diesem Zeitpunkt die 'permanente revolution' abonniert, erhält die Broschüre 'Trotzki - Schriften zum imperialistischen Krieg' gratis.

In dieser ca. 2oo Seiten starken Broschüre sind Texte und Thesen Trotzkis von 1914-194o enthalten, die es zum Teil seit Jahrzehnten nicht mehr in deutscher Sprache gegeben hat!

LEO TROTZKI
SCHRIFTEN ZUM IMPERIALISTISCHEN KRIEG

Bestellungen: IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

Isolierung und Entschärfung von Streiks zeigt.

Ob sie allerdings diese Funktion der Niederhaltung und Demobilisierung der Arbeiterkämpfe ohne viel Schwierigkeiten und ohne Verluste an der Basis - die sich im übrigen schon abzeichnen - weiterhin ausüben können, hängt u. a. von der ökonomischen Entwicklung, bzw. von dem ökonomischen und politischen Spielraum der Bourgeoisie, wie von der Politik der Organisationen der extremen Linken ab.

Gibt es nämlich noch einen 'Konzessionsspielraum', so können Schichten des Kleinbürgertums und/oder der Arbeiterklasse befriedet werden, etwa durch eine rasche Anhebung des Mindestlohnes und es wäre möglich, schwere politische Erschütterungen zu verhindern, bzw. zu vertagen.

Wir gehen davon aus, daß sich aufgrund der ökonomischen Entwicklung eine Tendenzwende anbahnt, die eine Periode schärferer sozialer Brüche und verschärfter Klassenkonflikte einleiten kann. Von daher wird heute einerseits kein neuer Mai entstehen und andererseits wird die Bourgeoisie die reformistischen Parteien, insbesondere die KPF, die wesentlich mehr dem Druck aktiver Arbeiterschichten ausgesetzt ist und diesen Druck mit zum Teil radikaleren Forderungen reflektiert (24oo Franc Mindestlohn, mehr Nationalisierungen usw.), nicht in die Regierungsverantwortung nehmen, um über sie im Rahmen einer Volksfront die Arbeiterbewegung zu demobilisieren und demoralisieren. D.h. im Rahmen einer Volksfront, mit der die Bourgeoisie die letzte, wenn auch risikoreiche Kartei ausspielt, vor einer bonapartistischen oder faschistischen Krisenlösung, mit der die Arbeiterbewegung dann niedergehalten, atomisiert und schließlich politisch zerschlagen werden würde.

"Unter dem Banner der Oktoberrevolution verurteilt die versöhnlerische Volksfront-Politik die Arbeiterklasse zur Ohnmacht und und bahnt dem Faschismus den Weg. Die 'Volksfronten' auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten politischen Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution". (L. Trotzki)

So steht wahrscheinlich zur Zeit eine kurze Phase von Mitte/Linksregierungen bevor. Wenn eine Linksregierung aus den Wahlen hervorgehen würde, würde sie nur eine kleine Episode darstellen und womöglich vom Präsidenten Giscardaufgelöst werden. Dies dürfte auch deshalb möglich sein, weil die KPF sich in einer Linksregierung der Politik Mitterands unterwerfen müßte und sich in den Augen ihrer Anhänger dann weiter diskreditieren würde.

DIE KRISE DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT IN FRANKREICH

"Frankreichs Unternehmerschaft in der Offensive, für kräftiges Wirtschaftswachstum. Frankreichs Unternehmerschaft ist unzufrieden" ('Neue Züricher Zeitung', 21.1.78). Nicht nur Frankreichs Unternehmer sind unzufrieden und mit der Forderung nach kräftigem Wachstum dürften dieser Tage wohl die meisten Politiker übereinstimmen. Doch dieser Wunsch ist noch lange keine Wirklichkeit. Dieser wollen wir uns im Folgenden zuwenden, denn die Forderung der französischen Unternehmer wird in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung aufgestellt, die auf alles andere, als auf Wachstumsmöglichkeiten der französischen Wirtschaft hinweisen. Die Krise von 1975 hat sich nämlich nicht in einem neuerlichen Aufschwung wie 1972/73 aufgelöst, mit rapiden Produktionssteigerungen und der Möglichkeit für das Proletariat relativ leicht Lohnsteigerungen zu erkämpfen. Vielmehr mündete sie in eine Phase, die nur noch als Stagnation zu kennzeichnen ist.

Die Ursache dieser Stagnation liegt zum größten Teil darin, daß die Krisenbewältigungskonzepte des bürgerlichen Staates schon sehr frühzeitig den 'natürlichen Entwicklungsgang'der Krise behindert haben. D.h. die selbstreinigende Wirkung der Krise, die darauf beruht, daß die Masse des zu verwertenden Kapitals verringert wird, um so Platz für die produktivsten Einzelkapitale zu schaffen - diese selbstreinigenden Kräfte konnten 1975 nicht voll zur Geltung kommen. Oder mit anderen Worten: Die Überkapazitäten des produktiven Kapitals konnten nicht beseitigt werden, so daß der Aufschwung nicht in eine neuerliche Phase verstärkter Investitionen einmündete. Dem liegt zum großen Teil eine inflationäre, d.h. durch den Staat 'gesicherte' Schaffung von künstlicher Nachfrage zu Grunde. Darin drückt sich sicherlich aus, daß in keinem westeuropäischen Land die große Bourgeoisie derartig fest im Sattel sitzt, als daß sie nicht gezwungen wäre, bei der Überwindung der Krise Rücksicht auf die kleinere Bourgeoisie und vor allem auf die organisierte Arbeiterklasse zu nehmen. Darin drückt sich aber andererseits auch noch die Konzessionsfähigkeit des Kapitalismus gegenüber diesen Schichten trotz des Endes der Rekonstruktionsperiode gegen Ende der 6oer Jahre aus. Frankreich ist Musterbeispiel für die Situation. Die relative Wirkungslosigkeit der Krise stellt die Majorité seit 1975 vor Probleme, der sie nur noch mit reichlichen Schwankungen zu begegnen wußte. Der ersteSchwenk fand gegen Ende der Krise 1975 statt. Geschockt durch einen weiteren Rückgang der Produktion setzte Giscard September 1975 ein Konjunkturprogramm zur Belebung der Produktion in Höhe von 3o Milliarden Franc durch. Dieses Programm beinhaltete neben Steuergeschenken an die Unternehmer (nach dem Muster der in der BRD erprobten Investitionszulagen), öffentlichen Investitionen, schließlich auch 5 Mrd. Franc für Renten und soziale Leistungen.

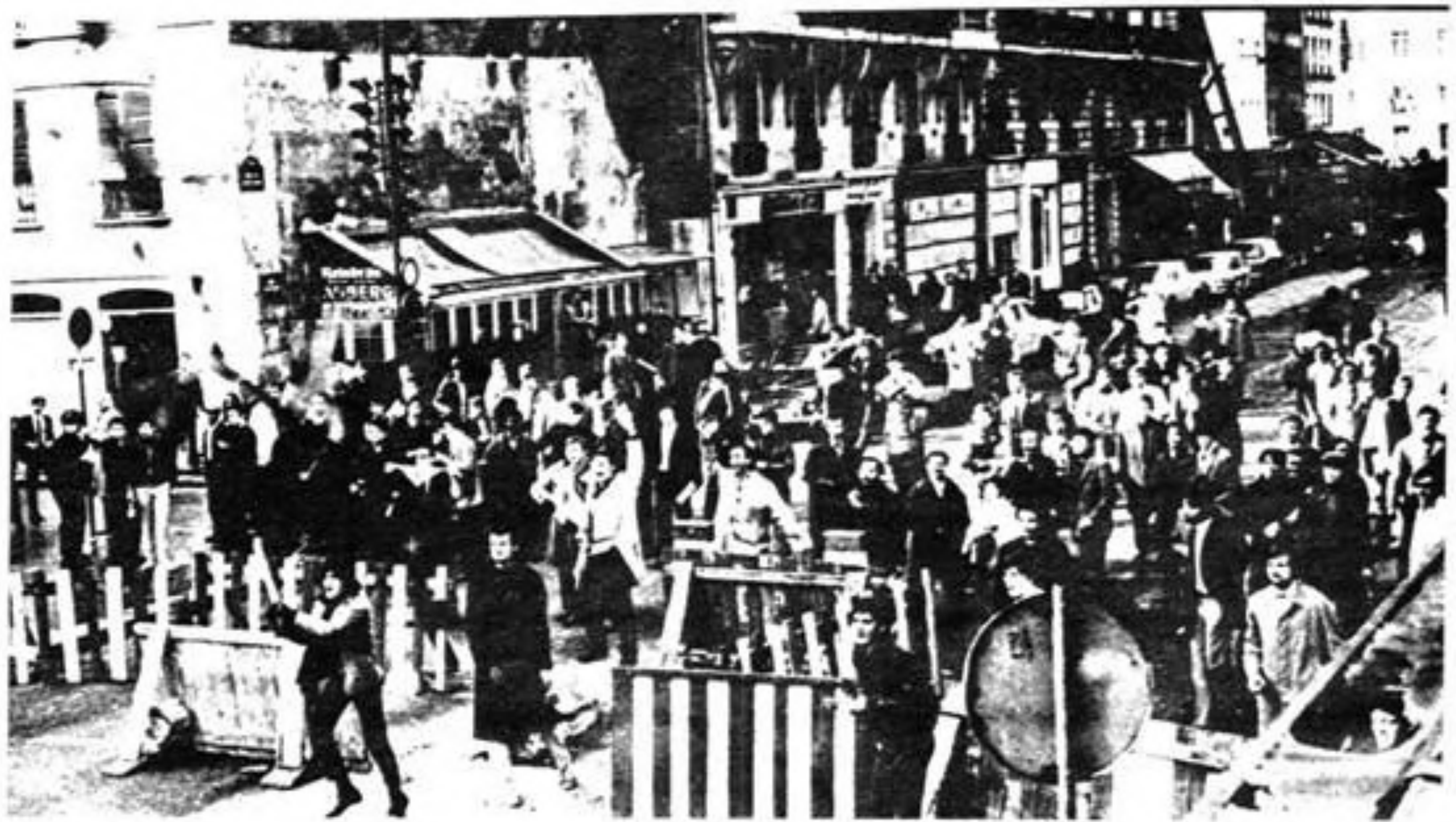
Die Ergebnisse waren mager: Der Anstieg der Investitionen ließ bereits Mitte 1976 wieder nach. Die Inflation, stete Begleiterscheinung staatlicher 'Konjunkturspritzen', machte zwar den relativen Anstieg der Investitionen bis Ende 1975 mit, blieb jedoch vom rasanten Abstieg Anfang bis Mitte 1976 weitgehend unbeeindruckt. Desgleichen stieg die Arbeitslosenziffer seit 1975 bis jetzt kontinuierlich an, was daran liegt, daß auch die französische Bourgeoisie, da wo sie Investitionsanreize ausnutzt, diese zuallererst für Rationalisierunginvestitionen benutzt. Die Politik Giscards stieß also relativ schnell an ihre Schranken. Der Aufstieg erwies sich allzu schnell als Scheinblüte und verschärfte ein strukturelles Problem des französischen Kapitalismus: Jede Nachfragesteigerung ruft in Frankreich sehr schnell einen Anstieg der Importe hervor - der Grund dafür ist der relative Produktivitätsrückstand der französischen Industrie gegenüber z. B. dem BRD-Kapital. Dieser Produktivitätsrückstand ist nicht unmittelbar einer geringeren technologischen Entwicklung des französischen Großkapitals geschuldet, sondern vielmehr Ausdruck dafür, daß der Konzentrationsgrad des französischen Kapitals erheblich geringer ist. D.h. die technologischen Neuerungen setzen sich nur sehr verzögert in der ganzen jeweils betroffenen Branche durch, bzw. gehen an besonderen Branchen (z.B. Textil) schlichtweg vorbei.

Die durchschnittliche Produktivität wächst also nicht mit der Geschwindigkeit, wie in den hochkonzentrierten kapitalistischen Wirtschaften. Zudem konnte der französischen Arbeiterklasse bisher nicht eine derartige Intensität der Arbeit aufgezwungen werden, wie z.B. in der BRD. Insofern war es nur logisch, daß die französische Handelsbilanz mit einem stetig wachsenden Defizit auf das Konjunkturprogramm Giscards reagierte. Dieser Entwicklung mußte ein Riegel vorge-

schoben werden. Die Pläne Barre I vom September 1976 und Barre II vom April 1977 mit ihren massiven Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiter vor allem im öffentlichen Dienst (faktische Lohnsenkung um mehr als 2%), der Erhöhung der indirekten Steuern auf bestimmte Warengruppen (Benzin, Kfz-Steuer, Tabak usw.) und der Stützung von Investitionen durch Steuergeschenke sollten die Position Frankreichs auf dem Weltmarkt festigen und vor allem die Inflation, die inzwischen 1o% überstiegen hatte, eindämmen. Die Pläne sind faktisch, trotz des Protestes von CGT und CFDT in Kraft und bedingten 1977 eine Verringerung des Handelsbilanzdefizits - so stieg der Import 1977 um ca. 5%, der Export um ca. 6,6% (nominal). Das zentrale Anliegen jedoch - die Inflation einzudämmen - gelang nur sehr eingeschränkt. Die Verringerung des Handelsbilanzdefizits bleibt also weitgehend der Talfahrt des Franc geschuldet, d.h. der Inflationierung der Importpreise. Für die Arbeiterklasse brachten die Pläne Barres neben der Inflation im wesentlichen ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit (auf über 7%), da den Rationalisierungsinvestitionen des Kapitals und der Krise der 'unterentwickelten' Sektoren der Wirtschaft kein Anwachsen der kaufkräftigen Nachfrage entgegengesetzt werden konnte.

Die zentralen Probleme des französischen Kapitalismus bleiben also bestehen: Inflation, stagnierende Investitionen (1977:-1,7%), Handelsbilanzdefizite und Arbeitslosigkeit. Um diese Probleme in den Griff zu bekommen (d.h. relativ zum Weltmarktniveau, das z.B. von der BRD repräsentiert wird), ist die Bourgeoisie gezwungen, ihr strukturelles Problem, d.h. die im internationalen Maßstab zu geringe Produktivität der Arbeit und die zu geringe Konzentration des Kapitals zu lösen. Diese Perspektive stellt sich für das französische Kapital auch gerade angesichts eines verschärften Klimas auf dem Weltmarkt mit großer Dringlichkeit. So weisen Statistiken darauf hin, daß das Volumen des Welthandels, dessen Wachstum in der Rekonstruktionsperiode das Wachstum der nationalen Industrieproduktion bei weitem übertraf, nunmehr hinter dessen Wachstum zurückbleibt. Dahinter steht die Rückkehr wichtiger Industrienationen zu protektionistischen Maßnahmen, um die Produktion der eigenen nationalen Industrie zu schützen. Dahinter steht aber auch der Rückgang der internationalen Arbeitsteilung, denn der wesentliche Motor des Welthandels waren die Investitionen der nationalen Industrien. Diese Dimension der internationalen Arbeitsteilung wird durch die stockende Akkumulation in den 'Metropolen' weitgehend beschränkt. Dem Ergebnis dieser Entwicklung - der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt - wird auch Frankreich seinen Tribut zollen müssen. Einerseits dadurch, daß der Druck des Weltmarktes auf seine inneren Märkte zunimmt, andererseits dadurch, daß es für die französische Industrie schwer sein dürfte, mangelnde Nachfrage auf seinen Binnenmärkten durch Verstärkung der Exporte zu ersetzen.

Der 'Aufschwung' seit 1976 dürfte sicherlich nicht die Grundlage dafür abgeben, die Probleme angesichts dieser Weltmarktsituation zu lösen, ohne die tatsächlichen Errungenschaften der französischen Arbeiterklasse anzugreifen. Sie werden sicherlich nicht zu lösen sein, ohne der Arbeiterklasse eine Verschlechterung der materiellen Lage, eine Verschärfung der Arbeitshetze aufzuzwingen; und das alles abgedeckt durch eine Vergrößerung des Arbeitslosenheeres. Dies stellt auch den Hintergrund für die Auseinandersetzungen in der Linksunion dar. Denn jeder der beiden Hauptkontrahenten rechnet mit der Krise und versucht, sich bessere Ausgangsbedingungen für die eigene Organisation in der Krise zu sichern. Die Interpretation dieses Streites innerhalb der BRD-Linken (siehe 'was tun' Nr. 195 und 'links' Nr. 94) macht u. E. den Fehler, den Streit nur als Auseinandersetzung um bessere Ausgangspositionen für die Wahl zu interpretieren. Es geht jedoch vielmehr darum, daß beide Organisationen nicht in der Lage und auch nicht willens sind, die Lasten der Krise von der Arbeiterklasse abzuwenden und diese im Sinne der Arbeiter zu lösen. Die Arbeiter werden also auch nach der Wahl mit den Folgen der Krise konfrontiert sein. Es geht lediglich darum, eine Abkehr der Arbeiterklasse vom Reformismus zu verhindern. Diese These wollen wir im folgenden begründen.



MAI 1968 - KP UND SP TUN ALLES, UM EINE WIEDERHOLUNG ZU VERHINDERN

DIE TAKTIK DER BOURGEOISIE IN DER AKTUELLEN SITUATION

Aller Voraussicht nach, wird die von Carter ausgegebene Warnung vor einer Regierungsbeteiligung von KPen in Frankreich 'beherzigt' werden. Wie die rechten Gruppierungen durch getrennte Kanditatenaufstellung im ersten Wahlgang verschiedene Wege für den zweiten Wahlgang offenhalten, so bietet das getrennte Vorgehen von KP und SP im ersten Wahlgang die Möglichkeit einer Mitte/Links-Regierung, die Nahrung bekommt durch die erfolglose taktische Offensive der KP. Der allgemeine Ruf nach 'republikanischer Disziplin', die bei den Rechten, wie bei den Linken bedeutet, daß im zweiten Wahlgang der jeweils schwächere Partner seine Kanditatur zurückzieht, scheint bei der mittlerweile geschwächten und gespaltenen Regierungsmehrheit noch lebendiger zu sein, als bei den Linksparteien.

So stellt das von Giscard vor kurzem gebildete antigaullistische Bündnis 'Union für die französische Demokratie' (aus PR, CDS, Radikale Partei) in 4o5 von 491 Wahlkreisen eigene Kanditaten auf, wogegen die gaullistische Sammlungsbewegung RPR unter Chirac 385 Kanditaten, davon 5o Einheitskanditaten, für den ersten Wahlgang aufstellt. Der Bruch zwischen Chirac und Giscard hat zwar einen offensiven Alleingang der Gaullisten hervorgerufen, läßt aber noch viele Wege offen. Ob es sich um die Wünsche Giscards handelt, langfristig eine breite Koalition der Mitte zu bildenund jetzt noch einmal die alte Regierungsmehrheit herzustellen, oder um den Kompromißvorschlag des gaullistischen Justizministers Peyrefitte, die bisherige bürgerliche Koalitionsregierung um die PS zuerweitern, so werden bei allem letztendlich Giscard und Mitterand im Mittelpunkt stehen. Chirac, der mit Großkundgebungen und mit aufwendigen, aber erfolglosen Versuchen, Einfluß in der Arbeiterschaft zu gewinnen, die alte gaullistische Massenbewegung wiederherstellen will im Kampf gegen die 'antigaullistische Allianz' um Giscard, mußte feststellen, daß große Teile der Bourgeoisie sich schon auf eine Art Mitte/Links-Regierung unter Ausschluß der RPR, eingerichtet haben.

Giscards Reformprogramm 'democratie francaise' umfaßt auch schon ähnliche Maßnahmen und Forderungen wie die von Mitterand: Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsleitung, größere Selbstverwaltung bei den Gemeinden, eine fünfte bezahlte Urlaubswoche für Arbeiter usw. Mit dem Tenor 'nationale Einheit' und 'soziale Gerechtigkeit' nähert sich Giscard dem PS-Chef Mitterand. Dieser hat seinerseits während eines Gesprächs in Paris von Carter eine "wohltuende politische Rolle" zugewiesen bekommen. Mitterand ließ während dieses inoffiziellen Gesprächs verlauten, "daß in einer Linksregierung auf jeden Fall die Sozialisten den maßgeblichen Einfluß ausüben würden" ('Süddeutsche Zeitung', 7./8.1.78). Die Stoßrichtung Mitterands, die schon weit über die Linksunion ins bürgerliche Lager hineinreicht, findet statt auf der Basis einer starken Heterogenität innerhalb der PS. Für eine Mitte/Links-Regierung wird Mitterand eine aktive Stütze nur in der kleinbürgerlichen Mitglieder- und Wählerschaft finden, die zwar in der PS das Sagen hat, nicht aber den eigentlichen Charakter der Partei ausmacht. Der Chef der liberalen MRG, der bürgerliche Bündnispartner in der Linksunion, Fabre, spielt dabei eine relativ untergeordnete Rolle. Dieser Führer des kleinen Unternehmertums versicherte, an jeder Regierung teilzunehmen, in der die PS ist ('Liberation', 16. und 2o.1.78).

Das, was sich auf höchster Ebene zwischen Giscard, Mitterand und Carter abspielt,

findet statt vor dem Hintergrund der Krise in der Linksunion und der sie bedingenden Verschiebungen an der Basis von KPF und SP. "Diese Linke ist letzten Endes weniger an ihren ideologischen Gegensätzen zerbrochen, als an der stetig zunehmenden Verschiebung der internen Kräfteverhältnisse" ('Süddeutsche Zeitung', 11.1.78). Die Frage ist nur, warum diese Verschiebungen zugunsten der PS und auf Kosten der KPF stattfinden konnten. Denn die SP zeichnet sich durch eine offensichtliche Anbiederung an die Rechte aus, wogegen die KPF zumindest in den letzten Monaten radikalere Töne anschlägt (Nationalisierungen, Mindestlohn) und ihre "Politik der nationalen Unabhängigkeit" mit der Forderung nach einem nationalen Atom-Programm und atomarer Aufrüstung (Force de Frappe) in den Hintergrund stellt.

DIE PS - ZWISCHEN LINKSUNION UND MITTE/LINKS

Die PS, die im wesentlichen mit einer kleinbürgerlichen Mitglieder- und Wählerschaft ihren Höhenflug begann, machte sich über Mitterand auch zum Sprecher von Arbeiterselbstverwaltungsforderungen, wie sie im Mai 1968 aufgekommen und von der CFDT, wie von der zentristischen PSU zum Programm gemacht worden sind. Damit konnte die PS die Loslösung vieler Arbeiter von der KPF auffangen. Das Verhältnis der Arbeiter zur PS sieht aber etwas anders aus, als zur KP. Während die KP sich über die CGT auf einen ziemlich konstanten Einfluß in mittleren und höheren Arbeiterschichten und überdies auf einen großen Teil der aktiven Arbeiter stützt, ist die PS hauptsächlich eine Wählerpartei. Die PS hat mit ihren 160.000 Mitgliedern einen wesentlich geringeren Einfluß in der Arbeiterklasse. Dafür handelt es sich bei diesen Arbeitern um Schichten, die von der KPF kaum erreicht werden, bzw. die von ihr abgestoßen werden. Es sind dies meist radikale Randschichten (siehe die Betriebsbesetzungen). Hier hat die PS eine Lücke gefunden, die es ihr ermöglicht, die KP zu isolieren und sich selbst den Anschein einer qualitativen Alternative zur KP zu geben. Diese Stütze für die spezifische Verratspolitik Mitterands zeigt aber ihrerseits mehr oder weniger starke Brüche. Die Oppositionsgruppe CERES innerhalb der Partei (etwa 30.000 Mitglieder), deckt z.B. die ganze Betriebsarbeit der PS ab. Die PS hat etwa 1000 Betriebszellen, gegenüber 10.000 der KP. CERES ist es auch, die sich generell für die Bildung von Aktionskomitees ausspricht, um auf die Politik einer eventuellen Linksregierung Druck auszuüben. Die CFDT, die weitestgehend eine Stütze der PS darstellt, hat inzwischen schon ihren Druck auf Mitterand wirksam werden lassen. Der CFDT-Vorsitzende Edmond Maire gab auf einer Pressekonferenz die Forderung seiner Gewerkschaft nach 400 bis 500 Nationalisierungen bekannt, also einen Kompromißvorschlag zwischen PS und KP ('Liberation', 7.2.78). Mitterand gab dem Druck verbal nach und so verhalf die CFDT der PS zur Stabilisierung ihres Einflusses bis zur Wahl.

Mitterand, derzeit unbeschränkter Führer in der PS, legte im Februar die Rechnung seiner 'Mannschaft' vor. Demnach stellt er sich vor, die Krise durch die Stärkung der Massenkaufkraft einzuschränken. Konkret hat Mitterand vor, die Mindestlöhne auf 2400 Franc und diverse soziale Leistungen (Renten, Arbeitslosenversicherung - bisher bekommt über die Hälfte der Arbeitslosen keinen Pfennig usw.) zu erhöhen. Die Bedeutung der Nationalisierungen, ebenfalls Streitpunkt in der Auseinandersetzung mit der KPF, wird von der PS auf die Schaffung eines "kleinen Musterbereichs..., der die Konkurrenz wieder zum Leben erweckt" reduziert (Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4/77, Seite 51). Über Arbeiterkonktrolle in den Betrieben, oder Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter, läßt Mitterand momentan nicht mit sich reden (in seinem '3 Phasen-Plan von 1974 steht das erst ca. nach 2 1/2 Jahren Regierungszeit an). Insoferne reduziert sich das Programm Mitterands auf Krisenmanagement à la Keynes. Finanzieren will die PS die Stützung der Massenkaufkraft weitgehend durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung. Was dürften nun die Folgen einer so angelegten Politik angesichts der oben skizzierten Lage sein? Mit Sicherheit wird eine Erhöhung der Staatsverschuldung angesichts einer stagnierenden Wirtschaft die Inflation ein Stück weiter voranbringen. Desgleichen wird sich das Handelsbilanzdefizit verschärfen, dies umso mehr, als Mitterand nicht vor hat, die französische Wirtschaft aus den Zusammenhängen des kapitalistischen Weltmarktes herauszuführen, sondern im Gegenteil, eine verstärkte Bindung an die EG im Auge hat. Mitterand schlägt vor, dem Fall des Franc mit Kreditaufnahme beim internationalen Währungsfond zu begegnen. Die Bedingungen dieser Kredite sind wesentlich politischer Natur, weil der IWF, sobald er in Anspruch genommen wird, ein Mitspracherecht in der nationalen Wirtschaftspolitik eingeräumt werden muß (erinnert sei hier nur an die Kredite des IWF an Italien, in der Krise 1975, deren Hauptbedingung die Liquidierung der gleitenden Skala der Löhen war). Damit ist klar ausgedrückt, daß Mitterand nichts ferner liegt, als das gemeinsame Programm zur Installierung eines 'alternativen Wachstumtyp', als Mittel zum Aufbau der 'Selbstverwaltungsgesellschaft' zu verstehen. Es dürfte ihm vielmehr darum gehen, die permanente Inflationierung, d.h. die Vernichtung der Errungenschaften der Arbeiter außenwirtschaftlich abzusichern. Dabei wird Mitterand das Gewicht der internationalen Bourgeoisie gegen die französischen Arbeiter ausspielen wollen. Daran ändert die Polemik der Linken in der PS ebenfalls nichts. Schon auf dem Kongreß von Nantes um Juni 1977 bemerkte Chevenement, politischer Führer der CERES (die ca. 25% der Delegierten zu diesem Kongreß stellte), daß sich in der PS eine "Soares-Linie" entwickeln würde (vgl. Beiträge..., 4/77, Seite 59). Damals meinte er noch, daß sich diese Linie wohl wegen der Stärke der Linken nicht durchsetzen könne. Diese Vorstellungen sind auf Sand gebaut, da eben derselbe CERES sein Schicksal derart eng an die gesamte PS gebunden hat, daß die Rechte in der Partei sicher sein kann, ihr linkes Standbein in der organisierten Arbeiterklasse vorerst nicht zu verlieren. Die Konsequenz dieser Situation ist, daß CERES auf gemeinsame Aktionskomitees nach den Wahlen setzt, um ihren Druck auf Mitterand zu verstärken. Über die Bedeutung dieses Vorhabens weiter unten.

DIE KPF - ZWISCHEN PATRIOTISMUS UND ARBEITERBEWEGUNG

Wenn Mitterand innerhalb einer eventuellen, kurzlebigen Linksregierung in den Augen des Kapitals die KPF zähmen soll, so kann er es nur deshalb, weil er dabei auf die Hilflosigkeit der KPF stößt. Seit dem Mai 1968 ist ein spürbarer Rückgang des Einflusses der Partei zu spüren.

Die politische Stoßrichtung der KPF, eine "mehrheitliche Sammlungsbewegung des Volkes" herzustellen, mit der sie einen "Sozialismus in den Farben Frankreichs" (G. Marchais) herstellen will, läuft darauf hinaus, nicht an den konkreten Bedürfnissen weiter Teile der Bevölkerung, wie insbesondere kleinbürgerlicher Schichten anzusetzen, sondern an politische Strömungen wie den Gaullismus, der diese Schichten unter der Fahne des Patriotismus an sich zu binden versucht. Die KPF versucht sich mit ihrem nationalen Atomprogramm daher auch zum Sprecher der Gaullisten zu machen und stellt sich damit jeden Bewegungen des Kleinbürgertums entgegen, das ja gerade bedroht wird von den 'patriotischen' Projekten. Weder bei der Aktion gegen den 'Schnellen Brüter' in Malville, noch bei den verschiedenen Massendemonstrationen in Larzac, wo Bauern, Landarbeiter, Arbeiter, wie linksextreme Organisationen die Beschlagnahme von 14.000 ha Land zur Ausweitung eines Militärlagers verhindern wollten, beteiligte sich die KPF. Im Gegenteil: Sie denunzierte die Aktionen oft als Provokationen.

Selbst innerhalb der Arbeiterschaft verbaut sich die Partei den Zugang zu gewissen Randschichten, deren Radikalität sie sicherlich auch fürchtet. So hat sie bei den über 200 Betriebsbesetzungen in den meist mittleren und kleinen Betrieben kaum eine Rolle gespielt. Diese Entwicklung begann schon im Mai 1968 und kommt nach dem Bruch der Linksunion im September des letzten Jahres besonders stark zum Ausdruck.

Die Politik der KPF und ihrer Gewerkschaft CGT, die scheinbare Alternative dazu in der SP und der gedämpfte Klassenkampf, der nur durch bürokratisch gelenkte nationale Streiks und eine Vielzahl kleiner und meist erfolgloser Streiks durchbrochen wird, haben den Einfluß der CGT selbst in den traditionellen Einflußbereichen der KPF sinken lassen und den Einfluß der radikaleren, wenn auch PS-nahen CFDT vergrößert. In Betrieben mit insgesamt 1,250.000 Beschäftigten nahm bei Betriebsratswahlen der Anteil der CGT innerhalb des letzten Jahres von 61,1% auf 57,5% ab ('Liberation',4./5. 1.78). Bei Renault-Billancourt, bei den Pariser Verkehrsbetrieben RATP und bei der Eisenbahngesellschaft SNCF nahm der Einfluß der CGT um 3 bis 5% ab. Der Rückgang war bei den Arbeitern noch stärker festzustellen als bei den Angestellten der jeweiligen Betriebe. Die für eine Niederlage der Linksunion in den März-Wahlen von vielen vorausgesagte Demoralisierung findet also schon statt.

Dadurch ergeben sich aber auch positive Tendenzen. Innerhalb der KPF und in PS-beeinflußten Bereichen der CGT entstehen schon kleine Oppositionsgruppen, die sich nicht der Wahlkampagne der KPF unterordnen wollen, die die Öffnung der Partei zu neuen sozialen Bewegungen und die Bildung von breiten Aktionskomitees fordern. Diese Kräfte konfrontieren aber einerseits die KPF mit einem orthodoxeren Stalinismus, andererseits unterliegen sie dem Einfluß der alternativen reformistischen Partei, nämlich der PS.

Die KPF hat während der Auseinandersetzungen um die Aktualisierung des 'Programme Commune' an mehreren Themen versucht, als Alternative zur Rechtsentwicklung der PS zu erscheinen. War dies zuerst die Frage, wie hoch der Mindestlohn zu sein habe, so ging es dann um die Nationalisierung, um nun schließlich auf jede inhaltliche Auseinandersetzung verzichtend, wieder bei Verhandlungsangeboten zu landen (siehe dazu 'le monde' vom 23.2.78), die Mitterand souverän vom Tisch wischte. Hinter dieser Taktiererei steht die Konzeptionslosigkeit der KPF, die Mitterand nichts anderes entgegenzusetzen weiß, als eine 'radikalere' Variante eines bürgerlichen Krisenbewältigungsprogramms. So meint Paul Bocara, führender Ökonom der Partei, die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Massenkaufkraftsteigerung seien durch einen rationelleren Umgang mit den Produktionsmitteln zu lösen, die seiner Meinung nach nur durch "demokratische Planung" zu erreichen sei (vgl. Mandel, 'inprekorr', Nr. 89). Auch hier wird nicht nach dem Charakter der Planung gefragt, d.h. welche Kriterien diesem Plan zugrunde gelegt werden müssen und wie sich diese Kriterien gegen die kapitalistische Weltwirtschaft durchsetzen können. Vor dem Hintergrund des PS-Verständnis von Nationalisierungen (siehe weiter oben), erweist sich dieser Vorschlag nur als weiteres Rezept, die Produktion in diesem Bereich profitabler zu machen. Die Unfähigkeit der KPF, der PS eine Alternative gegenüberzustellen, drückt sich denn auch in dem Desinteresse von Marchais aus, die Vereinheitlichung der Arbeiter durch gemeinsame Kampfkomitees aller Gewerkschaften und politischen Strömungen auf Betriebsebene vorwärts zu bringen. So beschränkt sich die organisatorische Umsetzung dieser Politik darauf, neue Parteimitglieder zu werben (Stand momentan 600.000). Allerdings, und das wird die extreme Linke in Frankreich noch vor große Probleme stellen, hat sich die KP mit der Polemik gegen die PS relativ gute Ausgangsbedingungen für den Fall geschaffen, daß die PS an dem Problem, wie der Inflation, der Wirtschaftssabotage der Bourgeoisie zu begegnen sei, weiter nach rechts rückt. Möglicherweise wäre sie dann in der Lage, durch eine wortradikale Polemik gegen die PS einerseits Desillusionierungsprozesse bezüglich der

PS aufzufangen und andererseits bei radikalisierten Schichten Illusionen über ihren eigenen Charakter neu entstehen zu lassen.

DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄRE

Die Taktik von Marxisten muß den schon stattfindenden Desillusionierungsprozeß innerhalb der KPF-Anhängerschaft, wie die sicherlich im Zuge einer Mitte/Links-Regierung entstehenden Demoralisierungstendenzen breiter Arbeiterschichten, nicht nur in der PS, berücksichtigen. Man muß klar sehen, daß weder die SP, noch die KP in der Lage sein werden, die Einheit der Arbeiter tatsächlich herzustellen. Im Gegenteil: Die Taktiererei der beiden reformistischen Parteien vor den Wahlen lähmt und entmutigt die Arbeiter. Dies ist allerdings der Beweis dafür, daß die Macht nicht an irgendeine Parlamentsfraktion delegiert werden kann. Die politische Auseinandersetzung und Initiative muß in die Arbeiterklasse verlegt werden, damit die Arbeiter zu einer einheitlichen, wirklichen Kraft zusammenwachsen und sich nicht abhängig machen von den Spielerein ihrer Führer in den bürgerlichen Institutionen. Ein wichtiger Hebel zur Herstellung wirklicher Einheit wird der Kampf für die Gewerkschaftseinheit sein. Gerade in den praktischen Kämpfen erfahren die Arbeiter, wie CFDT und CGT die Streiks isolieren und entschärfen und sich gegenseitig den Einfluß streitig machen.

Der Wunsch von CERES und der neuen Opposition in der KPF, Aktionskomitees zu bilden als Basis für ein einheitliches politisches Vorgehen der Linksunion im Parlament und die Forderung der LCR (französische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale') solche Aktionskomitees zu Diskussionsforen über die Politik einer Linksregierung zu machen, zeigt die Möglichkeit an, die politische Auseinandersetzung von den Parteiführungen in die Arbeiterklasse zu verlegen. Eine kurzlebige Linksregierung könnte die Bildung von solchen Aktionskomitees hervorrufen. Würden diese Komitees wegen ihrer Lobby-Funktion im Zuge der Auflösung der Linksregierung aber ihre Bedeutung verlieren, stünde man den einsetzenden Demoralisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterschaft hilflos gegenüber, wenn man mit den Aktionskomitees nur ein Druckausüben auf die Linksregierung verbunden hätte. Aber genau eine solche Politik schlägt die LCR, die größte französische Organisation, die sich auf den Trotzkismus beruft, vor. Sie kanditiert zusammen mit der OCT und der CCA in dem Wahlbündnis "Für den Sozialismus - für die Macht der Arbeiter", das in 258 der 491 Wahlkreise Kanditaten für den ersten Wahlgang aufstellt. Die politische Stoßrichtung der LCR, der wir in weiten Teilen aber zustimmen, hat René Yvetot zusammengefaßt: "Sie (die demokratische Versammlung, bzw. die Aktionskomitees) arbeiten auf eine Opposition zur Linksunion und ihrem Programm der Klassenzusammenarbeit hin, Arbeitereinheit, d.h. Einheit der Arbeiter und ihrer Organisationen auf einem antikapitalistischen Programm. Weit davon entfernt sich nur mit einer einfachen Denunziation der reformistischen Programme von KPF und SP zu begnügen, rufen wir deshalb die Arbeiter auf, sich in den Fabriken zu versammeln, um zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen und politischen Positionen, die es auf Seiten der Arbeiterbewegung gibt, zu entscheiden. Es ist Sache der Arbeiter zu bestimmen, welches das Programm einer Regierung aus KPF und PS sein soll, um auf ihre Bedürfnisse zu antworten. Wir rufen die Arbeiter auf, für eine Regierung ihrer Mehrheitsparteien zu kämpfen, d.h. eine Regierung KPF/PS, keine Regierung, die Giscard schützt, keine Regierung, die sich der Erpressung eines Fabre unterordnet, keine Regierung, die der Militärhierarchie schmeichelt, sondern eine Regierung, die tatsächlich mit der Bourgeoisie bricht und sich verpflichtet, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen; eine Regierung, gestützt auf an der Basis einheitlich mobilisierten Arbeiter und ihnen gegenüber verantwortlich". ('rouge',7.1o.77)

Die Politik der LCR läuft darauf hinaus, sich an das aktuelle Bewußtsein der Arbeitermassen anzupassen und unterliegt der Illusion, daß die Arbeiter fast von allein zu einer politischen Kraft werden und sich von KP und SP lösen. Bei dieser Politik sanktioniert die LCR das Lobby-Verhältnis der Aktionskomitees zur Linksregierung. So hat sie auch nicht vor, die Einheit der Arbeiter auf der Basis von Forderungen herzustellen, die einen Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter weisen. Demgegenüber will sie in den Aktionskomitees mit einer Art 'Sofort'forderungen intervenieren, die von einer KP/SP-Regierung erfüllt werden könnten. Die Forderung nach Arbeiterräten wiederum, die sie in ihrer Wahlplattform den 'Sofort'-forderungen anschließt (siehe 'rouge', 29.11.77), erscheint dagegen völlig abstrakt und unverständlich. Wenn man die Kurzlebigkeit von Aktionskomitees und die mögliche Demoralisierung der Arbeiter im Zuge der Auflösung einer Linksregierung sieht, kann einzig der Kampf für Gewerkschaftseinheit die Kampfkraft eines Teils der Arbeiter am Leben erhalten.

Die Betonung der Gewerkschaftseinheit hat aber nur eine Bedeutung, wenn sie eingebettet wird in ein antikapitalistisches Programm. Sie stellt nämlich einen Schritt dar, um eine von den bürgerlichen Institutionen und Parteien unabhängige Macht herzustellen. Sie ist ein möglicher Schritt zur Entwicklung von einheitlichen Machtorganen der Arbeiter, die schließlich die Funktion der Räte übernehmen könnten.

Tatsächliche Arbeitermacht kann auch nur bedeuten, daß die Industrie, die Banken usw. restlos und entschädigungslos enteignet werden und unter Arbeiterkontrolle gestellt werden. Die Arbeitszeit muß auf 35 Stunden verkürzt, der Mindestlohn auf über 24oo Franc und der Lohn überhaupt um einen Festbetrag gehoben werden. Die Lohndifferenzierung muß ausgeglichen werden und mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit verbunden werden.



GISCARD UND SEIN GAULLISTISCHER GEGENSPIELER CHIRAC

Die Arbeiterklasse kann sich ihre Macht aber nur sichern durch die Aufstellung einer Arbeitermiliz, durch die Zersetzung der Armee und Auflösung der direkten Bürgerkriegstruppen CRS und 'gendarmerie mobile', Maßnahmen, die die LCR z.B. nicht in ihre Plattform aufgenommen hat.

Die Hinwendung eines großen Teils der Arbeiterklasse zur PS bei den letzten Wahlen zeigt insbesondere auch, daß die Arbeiterklasse ihre Isolierung von anderen gesellschaftlichen Schichten überwinden will. Von daher muß es schon heute Aufgabe von Revolutionären sein, während der Herstellung der Gewerkschaftseinheit und des Aufbaus einer starken revolutionären Kraft propagandistisch mit verschiedenen Forderungen auf die Probleme der kleinbürgerlichen Schichten einzugehen. Im Zuge dieser Politik und in Anbetracht der möglichen Abnützung parlamentarischer Illusionen durch häufige Regierungswechsel im kommenden Jahrzehnt wird dem Kleinbürgertum auf der Ebene des Klassenkampfes eine Alternative geboten, die es für faschistische und bonapartistische Demagogie weniger anfällig macht.

Spendenaufruf

Wie wir schon in den letzten Ausgaben der 'permanenten revolution' berichtet haben, erwartet uns ein politischer Prozeß, nach dem Maulkorbparagraphen 282.

Wir führen - mit der Unterstützung unserer deutschen Genossen vom Spartacusbund - eine Spendenkampagne durch, um die laufenden Kosten (Anwalt) zu decken und um für eine etwaige Geldstrafe vorbereitet zu sein.

Wir ersuchen alle Leser der 'permanenten revolution', sich an dieser Spenden kampagne zu beteiligen. Die Genossen des Sparatcusbundes haben bereits über DM 7oo.- gesammelt und auch die 'Trotzkistische Liga Deutschlands' spendete Dm 4o.-.

Sollte der Prozeß doch nicht 'über die Bühne gehen', werden wir das Geld auf ein gemeinsames Anti-Repressionskonto mit dem Spartacusbund einzahlen. S2ooo.- wurden bereits für Anwaltskosten verwendet. Wir werden über den Verlauf der Kampagne, sowie über die Verwendung des Geldes berichten.

Einzahlungen auf das Konto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Nr. 71o6.o24 - Karl Reitter, 1o3oWien

Vermerk: Paragraph 282

'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-

ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 4o.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE: IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6 1o3o WIEN.

Russell-Komitee und Kampf gegen die Repression

Geheimdokument über das Russell-Tribunal

Vor einiger Zeit wurde ein geheimes Papier des BRD-Innenministeriums der linken Presse zugespielt, aus dem hervorgeht, wie der BRD-Verfassungsschutz das Tribunal selbst und die Unterstützerbewegung einschätzt und welche Gegenmaßnahmen er unternehmen will.

Dem Inhalt des Dokumentes, welches wir aus dem 'Arbeiterkampf', Nr. 12o entnehmen, ist wirklich nichts hinzuzufügen. Er beweist daß sich die Bourgeoisie und ihre SPD Sorgen machen, angesichts des Kampfes gegen die politische Unterdrückung, der aber leider noch immer nicht konsequent und geschlossen genug geführt wird.

Die Redaktion.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Referat ÖS2 Bonn, den 20. Sept. 1977
ÖS2 - 614 300 - R/21 VS NfD

Betr.: "Russell-Tribunal" gegen "Repression in der Bundesrepublik Deutschland"

Vermerk:

1. Lage
"Die "Bertrand Russell Peace Foundation Ltd" hat bisher zwei "Russell-Tribunale" durchgeführt, die beide weltweite Beachtung fanden; das erste 1966/67 in Stockholm (Präsident: Jean Paul Sartre) gegen den Vietnamkrieg; das zweite 1973/75 in Brüssel und Rom (Präsident: Prof. Leilo Basso) gegen Repression in Lateinamerika, insbesondere in Chile.

Ein drittes "Russell-Tribunal" soll nun über die "Repression in der BRD" urteilen. Das Vorhaben ist als Versuch von Gruppen der "Neuen Linken" (vgl. Verfassungsschutzbericht 1976 S.54/56 und 95ff) zu werten, mit Hilfe der Russell-Stiftung eine internationale Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland zu initiieren und dabei die orthodoxen Kommunisten auszuschalten.

Die Vorbereitungen zum dritten "Russell-Tribunal" begannen bereits Mitte 1976. Auf dem "Antirepressionskongreß" des "Sozialistischen Büros" (SB) - 5.-7. Juni 1976 in Frankfurt/M. - wurde von der französischen "Partie Socialiste Unifie" (PSU) dem SB und dem "Kommunistischen Bund" (KB) der Vorschlag unterbreitet, beim Aufbau eines "Internationalen Komitees gegen Berufsverbote" mitzuwirken.

Im Oktober und November 1976 fanden dann zwei internationale Treffen in Paris mit Vertretern der Russell-Stiftung statt, auf denen von deutscher Seite das SB, der KB, die trotzkistische "Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) und Mitarbeiter des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID) teilnahmen. Sie beschlossen, ein "Tribunal gegen die Repression in der BRD" durchzuführen, und einigten sich auf folgendes taktisches Vorgehen:

a) In den westeuropäischen Ländern wird eine öffentliche Diskussion entfacht, bei der die Russell-Stiftung in zahlreichen Resolutionen gebeten werden soll, ein "Tribunal gegen Repression in der BRD" durchzuführen;
b) daraufhin erfolgt ein Aufruf der Russell-Stiftung, ein "Tribunal" abzuhalten;
c) in möglichst vielen Ländern werden nationale Unterstützungskomitees gegründet.

Am 1.Februar 1977 rief die Russell-Stiftung auf, ein "Tribunal gegen Repression in der BRD" vorzubereiten. In dem Aufruf wird um weltweite Unterstützung des "Russell-Tribunals" gebeten und gefordert, "Nationale Unterstützungskomitees" zu bilden, die die finanziellen Mittel für das Tribunal aufbringen und dokumentarisches Material über Repression sammeln sollen. Bereits zuvor, am 8. Januar 1977, hatte sich in der Bundesrepublik Deutschland ein "Initiativausschuß zur Unterstützung eines Russell-Tribunals" konstituiert.

Konferenzen zur Vorbereitung des Tribunals fanden bereits u.a. statt: am 26./27.März in Frankfurt, am 7./8. Mai in Hamburg (5.000 Besucher) und am 13. Juni in Berlin (1.000 Besucher).
In dem Initiativausschuß und den Unterstützungskomitees kam es zwischen den Gruppen der "Neuen Linken" immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten über die taktische Marschroute:

Dem SB kam es auf eine breite Unterstützung des Tribunals durch "Radikaldemokratische Kräfte" aus Gewerkschaften, Kirche, Kultur und auch demokratischen Parteien an. Die GIM forderte, neben Gruppen der "Neuen Linken" auch "demokratische" Kräfte, aber auch die DKP für das Tribunal zu gewinnen; im übrigen verlangte sie, das Tribunal auf die "Berufsverbote" zu beschränken.
KB und ID verlangten demgegenüber ein von Gruppen der "Neuen Linken" beherrschtes Tribunal; der KB forderte außerdem, das Tribunal müsse die seiner Ansicht nach zunehmende faschistische Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland behandeln.

Wegen dieser ständigen Streitereien, die die Vorbereitungen für das Tribunal behinderten, hat die Russell-Stiftung im Mai 1977 ein "provisorisches Sekretariat" ernannt, dem angehören: Sebastian Cobler, Darmstadt, Jurist (SB); Ernst Böttcher, Gießen, Studentenpfarrer (ESG); Kai Dieckmann, Berlin, Aktionskomitee Berufsverbote; Ellen Diederichs, Gießen, Studentin (ESG) und Detlef Haritz, Berlin, Humanistische Union.

Außerdem hat die Stiftung die Themen festgelegt, die den Gegenstand der "Anklage" bilden sollen, u.a.:
"Berufsverbote" und deren Ausweitung über den öffentlichen Dienst hinaus;
Einschränkung der Rechte der Verteidiger und Strafgefangenen;
"Abhör- und Lauschaktionen";
Neue Polizeigesetze;
strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerungen;
Verfolgung der uneingeschränkten Abtreibung.

Die Russell-Stiftung fordert, auf einem Treffen das endgültige Sekretariat zu benennen und den Ort des Tribunals festzulegen. In das Sekretariat sollen nur Persönlichkeiten entsandt werden, die etwa 6 - 8 Monate hauptamtlich arbeiten können, die zu behandelnde Materie beherrschen und von allen mitarbeitenden Gruppen anerkannt werden. Eine der Hauptaufgaben des Sekretariats ist nach dem Willen der Russell-Stiftung die Sichtung des belastenden Materials und dessen Aufbereitung für das Tribunal. Nach Aufarbeitung der ersten belastenden Dokumente will die Russell-Stiftung ein internationales Richtergremium für das Tribunal berufen, dem möglichst bekannte Persönlichkeiten angehören sollen.

Es ist zu erwarten, daß das Russell-Tribunal unter starker internationaler Beteiligung ablaufen und größere internationale Beachtung finden wird. So haben sich bereits in Schweden, England, Holland, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien und in der Schweiz Unterstützungskomitees gebildet, die hauptsächlich von Gruppierungen der "Neuen Linken" getragen werden.

Derzeit bekannter Stand der Vorbereitungen zum "3. Russell-Tribunal":
Seit Anfang Juli ruft das "Vorläufige Sekretariat" zu Unterschriftensammlungen und Spenden für das Tribunal auf. Bei geschätz-

ten Kosten von DM 200.000,- waren bis Mitte Juli erst etwa 12.000,-DM eingegangen.
Das Sekretariat und die an der Vorbereitung beteiligten Organisationen, insbesondere das "Sozialistische Büro" (SB), fordern weiterhin auf, Material zu sammeln, Fälle zusammenzutragen, Zeugen und Gutachter zu benennen, alles in systematischer und umfassender Weise zusammenzustellen und an das Sekretariat zu senden (Informationsrundbrief des SB Nr. 36 v. 22.7.1977).
Im gleichen Informationsrundbrief teilt das SB mit, daß im Spätsommer die "Russell-Peace-Foundation" die Mitglieder der Jury ernennen wird, die sich aller Voraussicht nach im Oktober konstituiert. Als deutsche Mitglieder der 20köpfigen Jury schlägt das SB u.a. Prof. Abendroth, Heinrich Albertz, Heinrich Böll, Heinz Brandt, Prof. Hellmuth Gollwitzer, Prof. Walter Jens, Prof. Oskar Negt, Prof. Helmut Ridder, Prof. Jürgen Seifert, Prof. Dorothea Sölle und Prof. Uwe Wesel vor.

Nach "was tun" vom 28. Juli soll die "Internationale Jury"am 15./16. Oktober in der Nähe von Frankfurt/M. erstmals nicht öffentlich zusammentreten. Die erste öffentliche Sitzungsperiode des Tribunals wird voraussichtlich nicht vor Januar 1978 stattfinden.

Als "Anschauungsmaterial" ist ein Anfang September in Bonn verteilter Aufruf des vorläufigen Sekretariats zur Vorbereitung des Tribunals beigefügt.
Auf die darin, S. 3, von einer Bonner Unterstützungsinitiative gemachten Ausführungen, wonach der Rechtsanwalt N. "von der Polizei überfallen" wurde und die Tatsache, daß in dem PKW dieses Mitarbeiters von RA Croissant anläßlich seiner vorläufigen Festnahme am 2o.8. 80 Exemplare der (ebenfalls beigefügten) Zeitung MOB gefunden wurden, wird zur Erhellung offensichtlich bestehender Zusammenhänge besonders hingewiesen.

2. Bewertung
Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten aber schlecht und lückenhaft Informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert.

Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential hat, Vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen
Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

3.1.
Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden "Freispruch" zu erzielen.
Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeiten und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit der Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2.
Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.
Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte.
Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses
- der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und
- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.
Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.
In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

3.3. Verbote
- nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff.4 VersammlG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z.B. Straftatbestände nach §§ 89, 90a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatlichen Organe der Bundesrepublik "belastenden" Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung und aus Wirksamkeitsüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff.4 VersammlG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

- nach dem Vereinsgesetz
Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkungen haben. Die o.g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

- nach dem Ausländergesetz
(§§ 6, 10 i.V.m. § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth.Gesetz/EWG)
In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 Ausl.G untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1-10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4. Förderungsentzug
Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u.U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

3.5 Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG
Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z.B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art.5) der Pressefreiheit (Art.5 Abs.1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht, Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.
Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktionen des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6 Aufklärung und Information der Öffentlichkeit
Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über
- Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen,
- die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,
- eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z.B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und
- die wirklichen Umstände der von dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z.B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfung für den Öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung

unterrichtet werden.

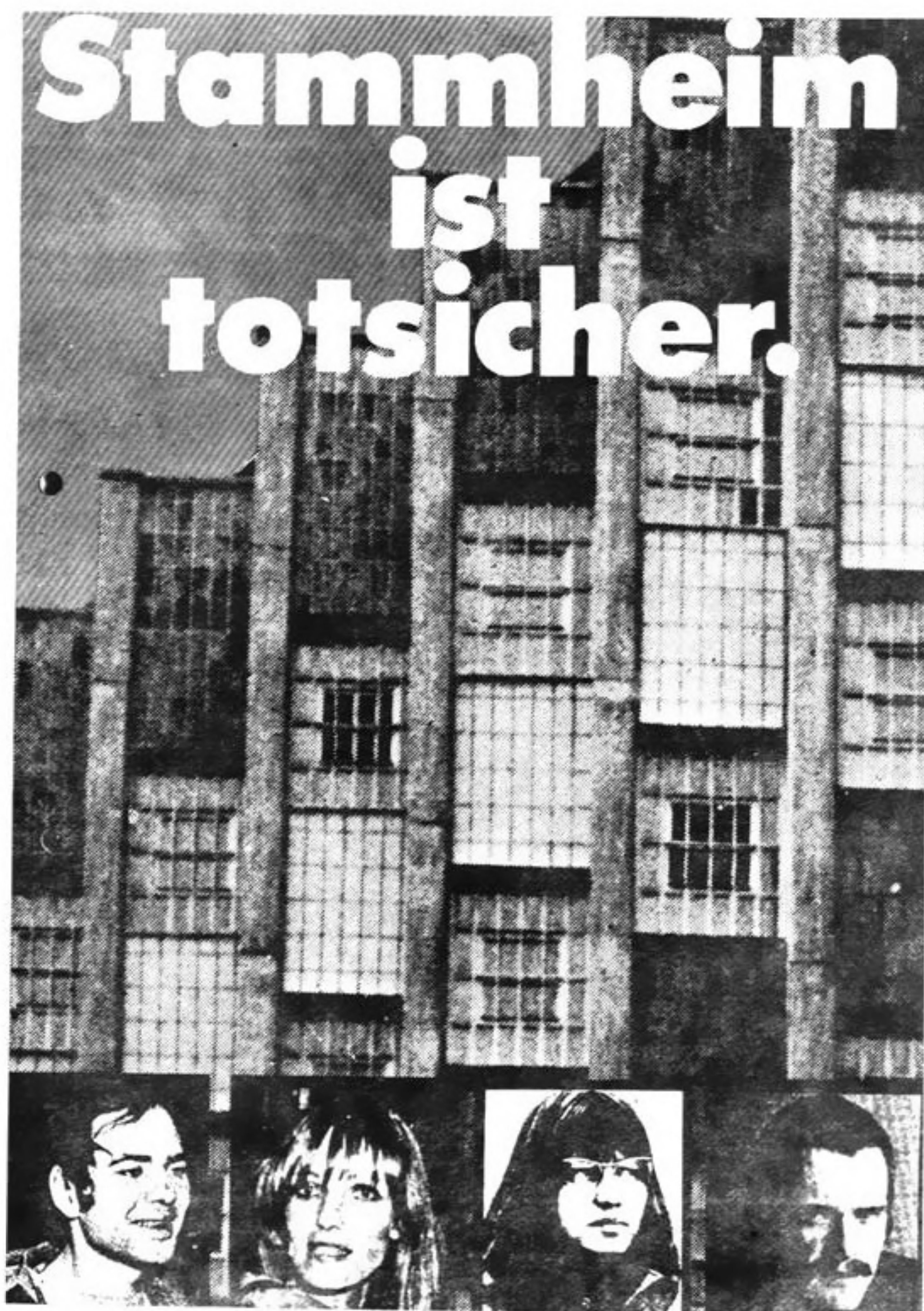
Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.



Die Wunder von Stammheim

"Wenn Allende ermordet worden ist, sind Ensslin, Baader und Raspe ebenfalls ermordet worden, der Wahrheitsgehalt ist der gleiche." Franz Josef Strauß, ein Mann der es eigentlich wissen müßte, sagte dies bei seinem Besuch in Chile. Ein Geständnis? Einen letzten Beweis dafür wird es vielleicht nie geben, möglicherweise bleiben die Ereignisse im Gefängnis Stuttgart-Stammheim, die sich in der Nacht nach der Stürmung der Lufthansamaschine in Mogadischu ereigneten, für immer im Dunkeln. Aber wenn es so etwas wie einen Indizienbeweis überhaupt gibt, wenn man bereit ist, Fakten anzuerkennen und es ablehnt, an Wunder zu glauben kann es nur ein Urteil geben: Mord!

Für die Kapitalistenpresse gab es freilich keinen Zweifel, keine bohrenden Fragen, keine schreienden Widersprüche. Im Gegenteil, die CDU-Presse hatte schon vorher nach Vernichtung gekreischt und gefordert, die Gefangenen als Geiseln einzustufen, und in regelmäßigen Abständen Erschießungen vorzunehmen. Auf dem Höhepunkt der Hetze drehte die Bourgeoisie mit frechem Zynismus den Spieß um. 'Man kann die Perfidie auch soweit treiben, daß man seine Tötung zur Hinrichtung macht", deutete Bundesinnenminister Werner Maihofer den Tathergang in Stammheim ('Spiegel' Nr. 44/77). Die Flucht nach vorn wurde angetreten und brutal durchgezogen. Jeder der es wagte Zweifel zu äußern, oder gar von Mord zu sprechen, sollte eingeschüchtert, demoralisiert und zerbrochen werden. Die Beerdigung wurde zu einem einzigen Spießrutenlaufen für die etwa tausend Genossen, die daran teilnahmen. Ebensoviele Bullen wurden eingesetzt, erkennungsdienstliche Behandlung für alle Teilnehmer, Drohungen und Einschüchterungsversuche der Polizei, 40 bis 45 Genossen wurden willkürlich festgenommen. Die Zweifel, die der Vater der Genossin Ensslin auf dieser Beerdigung in seinem Schmerz und seiner Verzweiflung am angeblichen Selbstmord seiner Tochter äusserte, trugen ihm Prozesse wegen "Verunglimpfung des Staates" und "übler Nachrede" ein. Die Selbstmordthese wurde zur Staatsreligion erklärt.



Von den Fragen, die damals gestellt werden mußten, konnte keine beantwortet werden, die feststehenden Fakten in keinen Zusammenhang eingeordnet werden. Heute, fast 5 Monate später hat sich die Situation nicht geändert. Im Gegenteil, Bundesgeneralanwalt Rebmann trat erneut die Flucht nach vorne an. Er beschuldigte die Verteidiger Newerla und Müller, die Pistolen in die Zellen geschmuggelt zu haben. Damit reiht sich Rebmann würdig in den Hetzchor der bürgerlichen Presse ein, der darauf abzielt, die Anwälte zu kriminalisieren und damit jede juristische Verteidigung und Prozeßführung überhaupt unmöglich zu machen. Selbstverständlich ist diese Behauptung in hohem Maße lächerlich, weiß doch Rebmann genau, wie sorgfältig die Anwälte vor jedem Besuch in Stammheim durchsucht wurden. So wiesen Gerichts- und Wachebeamte auch die Behauptung zurück, wonach die Anwälte Waffen und Sprengstoff im Slip und im Aktenordner zu den Gefangenen gebracht hätten. "Beim Besuch von Terroristen müssen auch Anwälte sich Metallsuchgeräten stellen. Sie haben ihre Taschen vor dem Sprechzimmer zu deponieren und dürfen nicht einmal ein Diktiergerät mitnehmen. Die Gefangenen erhalten vor und nach den Gesprächen mit ihren Verteidigern neue Kleider und Unterwäsche, nachdem sie sich völlig nackt ausgezogen haben " ('Westdeutsche Allgemeine Zeitung', 27.10.77). Der Einfluß der westdeutschen Justizbehörden geht sogar soweit, daß diese Praktiken auch von niederländischen Behörden übernommen wurden. So berichtet Gerald Sprong, der die Verteidigung Wackernagels übernommen hat, von seinen Erfahrungen in einem niederländischen Untersuchungsgefängnis: "Ein anderes Zeichen für Mißtrauen ist die Leibesvisitation, der mein Mandant nach jedem meiner Besuche unterzogen wird: Man durchsucht seinen Mund - hinter den Zähnen, unter der Zunge - man überprüft die Gesäßfalte, er muß nach jedem Anwaltsbesuch den Pyjama wechseln. Eine bittere Erfahrung für mich" ('Spiegel' Nr. 48/77). Unter diesen Bedingungen ist es natürlich unmöglich eine Rasierklinge einzuschmuggeln, geschweige den zwei Pistolen!

Aber diese hilflos-hetzerischen Anschuldigungen Rebmanns, stehen in der gesamten Tradition der Aussagen zu Stammheim. Wir wissen nicht, wer die Genossen ermordet hat, ob es sich um eine kaltblütig geplante Tat gehandelt hat, oder ob aufgehetzte Figuren, im Windschatten der "psychologischen" Auswirkungen der Ereignisse von Mogadischu ("Eine Niederlage für den Terror"), die Zeit für ihre Lynchjustiz gekommen sahen. Aber irgendetwas muß da schiefgelaufen sein. Das merkt man schon bei den Aussagen über die Zeiten vor und nach der Mordnacht. Nach offiziellen Angaben wurden die Gefangenen mindestens alle sechs Stunden beobachtet, ausgerechnet während der Ereignisse rund um die Flugzeugentführung sollte davon abgegangen worden sein. So wurden angeblich Raspe und Baader um 23.00 Uhr zum letzten Mal lebend gesehen, Gudrun Ensslin gar um 16.00 Uhr. Wie läßt sich das mit dem Zeitplan vereinbaren, der um 18.00 Uhr das Abendessen vorsieht. Rätselhaft ist auch die Tatsache, daß am nächsten Morgen Raspes Zellentür erst um 7.41 Uhr geöffnet worden sein soll (das Frühstück ist für 7.00 Uhr vorgesehen), die anderen Zellen erst gute

20 Minuten (!) nachdem man Raspe sterbend angetroffen haben will. Nicht, daß wir uns die Nichteinhaltung von Dienstvorschriften nicht vorstellen können, doch ein Umstand ist geradezu läppisch: Gerade in jener Nacht, in der alle Polizei- und Justizbehörden Hochbetrieb hatten, die Nachrichtendrähte heiß liefen und alle Welt nach Mogadischu blickte, wollen die diensthabenden Beamten nichts gehört, gesehen und getan haben. Gerade in jener Nacht, in der die Aktion zur Befreiung eben dieser Gefangenen ein Ende finden sollte, gerade in dieser Nacht soll die - offiziell zugegebene - akustische Überwachung der Gefangenen nicht eingeschaltet worden sein. Gudrun Ensslin blieb nach offizieller Darstellung in diesem Zeitraum 14 bis 15 Stunden unbeobachtet. Das erste Wunder von Stammheim ist vor unseren Augen auferstanden und es wird nicht das letzte bleiben.

Voll Ungereimtheiten sind auch die angeblichen Tathergänge selbst. Isoliert betrachtet, kann allein der Tod von Gudrun Ensslin als Selbstmord gedeutet werden. Sie wurde erhängt an einem Plattenspielerkabel aufgefunden. Das Fehlen von Fingerabdrücken darauf ist noch halbwegs plausibel, mysteriös ist aber schon die Tatsache, wie das Kabel bei den "fast täglichen" Zellendurchsuchungen unentdeckt bleiben konnte. Anders ist die Situation schon bei Irmgard Möller, der einzigen Überlebenden. Sie soll sich mit einem Brotmesser vier Mal in die Brust gestochen haben. Dieses Messer wurde nie öffentlich vorgelegt, von Fingerabdrücken darauf wird überhaupt nicht gesprochen. Zum einen stellt sich die Frage, ob es den überhaupt möglich ist, sich vier Mal in die Brust zu stechen, ob sich nicht die Muskeln nach dem ersten Stich so verkrampfen, daß weitere unmöglich werden. Zum anderen, wie konnte Irmgard Möller im Besitz eines derartigen Messers sein? Haben nicht die Justizbehörden unzählige Schikanen mit genüßlich-zynischem Unterton als 'Selbstmordverhinderung' gerechtfertigt?

IRMGARD MÖLLER: "ES WAREN DIE SCHWEINE..."

Dazu kommt natürlich die Aussage der Genossin selbst. Sie gibt an, zwischen 4.00 Uhr und 4.30 Uhr morgens zwei knallartige Geräusche gehört zu haben (eher keine Schüsse), dann sei sie ohnmächtig geworden. Beim Abtransport in die Klinik rief sie: "Es waren die Schweine, die es getan haben!" Möller konnte sich nachher nicht mehr an diese Morgenstunden erinnern. Sie bestreitet jeden Selbstmordversuch entschieden.

KEINE FINGERABDRÜCKE AN DEN PISTOLEN

Weder an Raspes noch an Baaders Pistole (d. h. an den Pistolen, die man bei den Leichen fand), fanden sich Fingerabdrücke der Toten. Die Erklärung dafür ist bezeichnend. Wäre das Thema nicht so bedrückend tragisch, könnte man es als Stoff für eine Schmierenkomödie vorschlagen. Zum einem - man möchte spontan ausrufen: "Wie könnte es auch anders sein!" - wurde die offizielle Erklärung geändert. Am 27. Oktober weiß die 'Frankfurter Rundschau': "Fingerabdrücke wurden weder an den Pistolen noch an dem Messer gefunden. Die Staatsanwaltschaft erklärt das damit, daß die Waffen so voll Blut waren, daß Spuren nicht mehr festgestellt werden konnten." Für Baaders Pistole konnte das noch hinreichen, aber Raspes Pistole hat einen kleinen Schönheitsfehler: Sie ist ohne jeden Blutspritzer. Einen Monat später publizierte der 'Spiegel' eine Erklärung, die darauf hinausläuft, daß der spurensichernde Beamte seine Ausbildung wohl vom Nachtkrimi bezogen hat: "Denn nach Krimi-Manier hatte der Stuttgart-Stammheimer Justizvollzugsbeamte Erich Götz gehandelt, als er am Morgen nach Mogidaschu dem noch röchelnden BM-Häftling Jan-Carl Raspe die Pistole fortnahm: Götz wickelte die Waffe, eine Neun-Millimeter-Pistole des Fabrikats Heckler & Koch, zunächst in sein Taschentuch, packte sie später wieder aus und schlug schließlich ein Geschirrtuch darum" ('Spiegel' Nr. 49/1977). Durch diese unsachgemäße Behandlung habe der Beamte möglicherweise vorhandene Fingerandrücke Raspes verwischt. Frotzelei ist wohl ein zu



„Scheiße – er hat Selbstmord begangen!" (aus „Liberation", Frankreich)

schwaches Wort, gerade bei den politisch hochbrisanten "Selbstmorden" in Stammheim sollen derartige Stümper am Werk gewesen sein, die Spurensicherung wohl nie in ihrem Ausbildungskalender gehabt haben. Freilich, irgendwie ist auch dem 'Spiegel' diese Erklärung zu blöd, daher wird vorsichtshalber gleich eine zweite geliefert: "Zudem sind die Schußwaffen durchwegs - und das traf auch auf die Pistolen zu, die Raspe und Baader in ihren Zellen versteckt hatten - gut geölt. Ist das Öl flüssig, können Fingerspuren darin, wie die Fachleute sagen 'verlaufen' ('Spiegel' Nr. 49/1977). Die glückliche Synthese dieser beiden "Erklärungen" mündet in der tröstlichen Aussage, daß Beamter Götz zwar ein fachlicher Trottel, sein Fehler aber doch nicht so schlimm sei. "So könnte es denn wohl sein, daß sich an Raspes Neun-Millimeter-Heckler & Koch schon keine brauchbare Fingerspur mehr befand, als der Justizvollzugsbeamte Götz sie mit dem Taschentuch aufhob, anstatt die Waffe fachmännisch, wie ein Experte rät 'etwa durch den Lauf mit einem festen Gegenstand anzuheben, der keine Spur verwischt und auch keine neuen setzt'."

Raspe wurde noch lebend aufgefunden. Erst zwei Stunden später starb er an einem Schuß durch den vorderen Gehirnbereich. Alles zufriedenstellend für die Einpeitscher der Selbstmordthese, im Untersuchungsbericht wird von "vorhandenen Spuren eines aufgesetzten Nahschusses" gesprochen. Doch auch hier bleibt eine Frage offen. Beim Abfeuern einer Pistole bleiben Pulverrückstände - Schmauchspuren - auf der Hand des Schützen zurück. Diese Spuren können leicht nachgewiesen werden. Bezeichnenderweise wird im Obduktionsbericht weder von Schmauchspuren an der rechten noch an der linken Hand gesprochen.

Schmauchspuren wurden dafür an Baaders rechter Hand gefunden. Damit soll er drei Schüsse abgegeben haben. Zwei sollen das Signal für den kollektiven Selbstmord gewesen sein, dann soll sich Baader die Pistole - sie ist 17 cm lang (!) - 3 cm oberhalb des Haaransatzes angesetzt haben, und sich schräg nach oben durch den Kopf geschossen haben - die Kugel trat bei der Stirn heraus. Diese Darstellung kehrt sich völlig gegen die Selbstmordthese. Zum einen war Baader Linkshänder, zum zweiten ist die Schußhaltung anatomisch so gut wie unmöglich, zum dritten fällt auch die "plausible" Erklärung für das dreimalige Abfeuern der Pistole in sich zusammen. Denn die Zellentüren wurden so gut abgedichtet, daß jede Kommunikationsmöglichkeit unmöglich wurde. Die Abdichtungen waren so gut, daß selbst die diensthabenden Beamten nichts von den Schüssen gehört haben wollen. Nach 23.00 Uhr saß angeblich "nur ein Beamter mit seiner Kollegin im schußsicheren Glaskasten an der Stirnseite des breiten Korridors zwischen den Zellen, 15 Meter vom Explosionsknall entfernt. Sie hörten vermutlich nichts von den Schüssen, weil die Zellentüren durch 'Schaumgummiverdämmungen' (so die Staatsanwaltschaft) schallschluckend abgedichtet waren, um die Kommunikation unter den Gefangenen zu verhindern." ('Spiegel' Nr. 44/1977)

Die Frage des Signals führt uns zum allergrößten 'Wunder von Stammheim'. Wie hatten die Gefangenen Kontakt untereinander, wie hatte zumindest ein Gefangener Kontakt zur Außenwelt? Beide Tatbestände müssen bewiesen werden, sonst fällt die Selbstmordthese in sich zusammen.

RADIOBASTLER RASPE

Ab dem Zeitpunkt der Schleier-Entführung trat eine vollständige Kontaktsperre in Kraft. Den Gefangenen wurden sämtliche Radios, Plattenspieler und Fernsehgeräte abgenommen, jeder Kontakt zur Außenwelt unterbunden. Sie wurden isoliert und konnten kein Wort miteinander wechseln. Die Zellen

um acht beginnt der selbstmörder
seinen dienst drückt die uhren
geht auf pantoffeln
durch den gang linst durch spione
um neun trinkt der selbstmörder
den ersten schluck kaffee
aus der thermoskanne
um zehn kontrollgang
aus einer zelle dringt
noch immer das klappern
einer schreibmaschine

wer an der maschine sitzt
wird irgendeinmal müde

der selbstmörder sieht
die spätausgabe der tagesschau
die zeitungen sind leider bestreikt
um eins ist es schön
still im bau von weit her
hundebellen suchlichter an der mauer
strahlen
eisige kälte aus

kontrollgänge zu jeder vollen stunde
keiner der wacht oder schläft
hört den schritt des selbstmörders
an stahltüren entlang

zwischen drei und vier ist die nacht
am tiefsten
dem tag am nächsten
die stunden so lasen wir einst
in der die indianer den angriff
starteten die stund des stillen
lautlosen todes
die stund in der das leben
selbst den atem anhält

der selbstmörder steht vor der tür
- den nachtschlußriegel
hat der uniformierte kollege heute
nicht vorgelegt auch fehlt
durch zufall
das vorhängeschloß das sonst
an keiner zellentür fehlt für diese
da -
der selbstmörder steckt
den schlüssel ins schloß
das vorher gut geölt
der selbstmörder geht

an die arbeit
der rest ist furchtbar
einfach
und morgens um 7.34 uhr
findet der selbstmörder
und seine kollegen
die leiche
sie schlagen
alarm

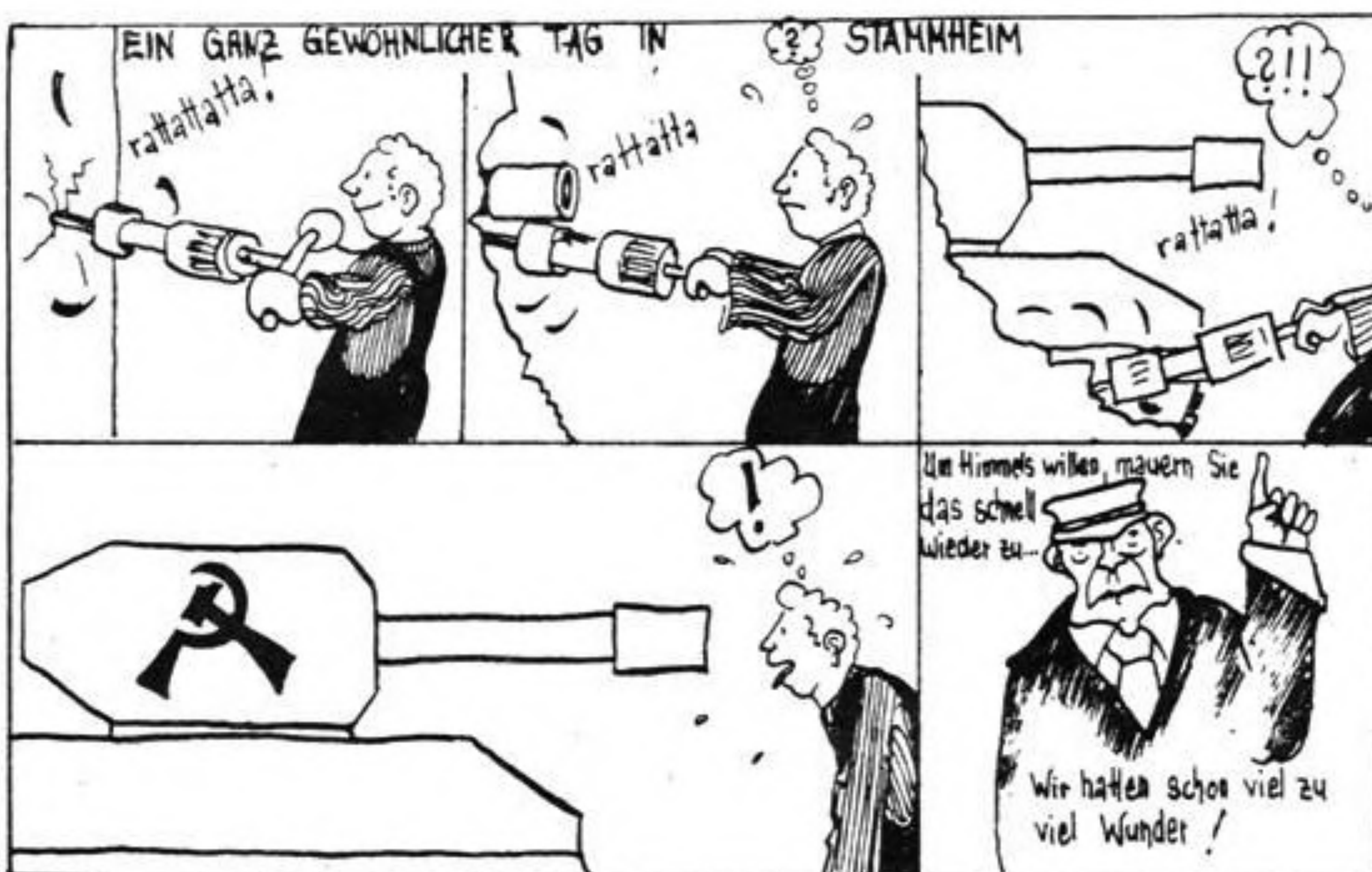
p.p. zahl (Mai 1976)

wurden vollständig abgedichtet, zwischen den belegten Zellen blieb je eine Zelle leer. Das wurde und wird ohne Einschränkung offiziell zugegeben. "Als mit Inkrafttreten der Kontaktsperre Elektrogeräte wie Plattenspieler, Radio und Fernseher abgeholt wurden, blieb jenes Verbindungskabel unbeachtet zurück, an dem später die Leiche hing."('Spiegel' Nr. 44/77) Wie sollte nun der Kontakt zustandegekommen sein? Zur "Erklärung" wurde Raspes Zelle als Kommandozelle hochstilisiert. Zum einen wurde "natürlich" ein handtellergroßes Transistorradio entdeckt, daß Raspe eingeschlagen in einem Pullover (!) versteckt haben soll, es wurde offensichtlich genauso "übersehen" wie das Kabel, an dem Gudrun Ensslin hing, und der Plattenspieler (!), in dem Baader seine Pistole versteckt haben soll. Wahre Eiertänze wurden aufgeführt, um das Kommunikationssystem irgendwie zu erklären. Raspe soll nach einigen Darstellungen die abgeschalteten Rundfunkleitungen dazu benutzt haben. Da wurde von Batterien und umgebauten Thermostaten gefaselt, in anderen Berichten benutzten die Gefangenen nicht die abgeschalteten Radioleitungen, sondern kommunizierten mittels haarfeinen Kupferdrähten, die sie unter den Zellenboden geschoben haben sollen. Ja sogar die Sprechanlagen, die die Zellen mit dem Wachraum verbinden, wurden ins Treffen geführt. Rätselhaft ist auch der Umstand, wie die Gefangenen Raspes Nachrichten empfangen haben sollen. Baader soll dazu seinen Plattenspieler benutzt haben - er wurde ihm zwar wie gesagt nach Inkrafttreten der Kontaktsperre abgenommen, das spielt aber für die Darstellung des Nachrichtensystems keine Rolle. Bei Irmgard Möller war es ein Kopfhörer, den sie im Hohlraum (?) ihres Waschbeckens versteckt haben soll. Für Gudrun Ensslin wird überhaupt kein derartiges Terminal behauptet. Ob sie wohl von zwei Kabelenden die elektrischen Schwingungen ablesen konnte? Peinlicherweise ist Raspes letzte Zelle für eine derartige Schaltzentrale wenig geeignet, denn: "Da Raspes Zelle 716 durch ein Treppenhaus von der sogenannten Rundfunkleitungs-Schleife getrennt war, konnte er an den Gesprächen über die Rundfunkleitung zwischen Baader, Ensslin und Möller nicht teilnehmen. Raspe verständigte sich mit Baader über die Leitung für Elektrorasierer, die nur zweimal täglich eine Stunde unter Strom steht, und in der stromlosen Zeit ebenfalls als guter Träger funktionierte." (Stern-Magazin Nr. 50/1977)

Gerade beim Punkt Verständigung erweist sich die ganze Perfidie und Konstruiertheit des Lügengebäudes. Zum einen ist es dem Staatsanwalt unmöglich, das Kommunikationssystem wirklich zu erklären - Aussagen von "Experten", daß da "an Leitungen manipuliert wurde", sagen überhaupt nichts - zum anderen muß aber ein komplettes und leistungsfähiges System 'bewiesen' werden. Ein System, mit dem Raspe den äußerst komplizierten Sachverhalt der Flugzeugentführung und letzten Situation in Mogadischu mitteilen können hätte müssen. Zum anderen muß wohl auch 'bewiesen' werden, daß die Gefangenen den angeblichen Selbstmordentschluß diskutieren konnten, d.h. das System darf keinen Gefangenen ausschließen, und jeder Gefangene muß auch seinerseits Signale senden können. Wahrhaft, das größte 'Wunder von Stammheim'!

Aber eine Lüge ruft mit Sicherheit irgendwann eine zweite hervor. Tatsächlich, um die Ungereimtheiten irgendwie unter den Hut zu bringen, mußten neue Ungereimtheiten aufgetischt werden. Ein Gefangener, der behauptet, ein Radiogerät in einem zusammengerollten Pullover vor genauen Durchsuchungen verstecken zu können, wird mit Sicherheit für verrückt gehalten, aber gleich ein ganzes Kommunikationssystem, 2 Pistolen, 1 Kabel, einige Batterien, 1 Kopfhörer und weiß-Schmidt-was noch alles? Also müssen Hohlräume her, die man natürlich tarnen muß. Tatsächlich wurden auch dazu die notwendigen Utensilien entdeckt: "Gleich 'in mehreren Zellen' (Staatsanwaltschaft) war in Kaffeetüten und Plastikdosen eine 'gipsartige Masse' versteckt - weswegen Ermittler nun das gesamte Mauerwerk nach verputzten Hohlräumen absuchen müssen." ('Spiegel' Nr. 44/77). Und es ist auch anzunehmen, daß die 'gipsartige Masse' die gleiche Farbe und Beschaffenheit wie der Zellenbeton hat, denn es mag vielleicht bei einem normalen Menschen so sein, daß man nachträglich gestemmte und verputzte Löcher durch bloßes Hinschauen erkennt, aber in Stammheim handelt es sich ja auch um Spezialbetonwände. Abgesehen von der neuen Frage, wie denn nun diese "gipsartige Masse" ihren Weg in die Zellen gefunden hat, macht die Behauptung, die Gefangenen hätten verschiedene Geräte in Hohlräumen verborgen, die Darstellung noch lächerlicher, als sie schon war. Denn ist es überhaupt möglich, so einfach Löcher in den Beton zu graben? Dazu die Aussage eines Bauarbeiters, der bei Stammheim mitgearbeitet hat: "Als die Vorkommnisse in Stammheim durch die Massenmedien bekannt wurden, mußte ich daran denken, daß ich als Betonbauer beim Bau des Gefängnisses vom Fundament bis zum Dach dabeigewesen bin. Was in den Massenmedien gesagt wird, Verstecke in den Wänden (Schlitze und Löcher hinter den Sockelleisten) ist reine Lüge! Die Wände der Zellen sind aus massiven Beton der Güteklasse B 600! Das heißt: 600 kg Zement auf einen Kubikmeter Kies. Der Beton ist kristallhart! Ob man in diesem Beton mit Eßbesteck oder ähnlichen Gegenständen ein Loch hineinbohrt, das bezweifle ich sehr stark. Die einzige Möglichkeit wäre sprengen oder einen Preßlufthammer benützen. Das, Kollegen, muß man bedenken, wenn man vom Selbstmord der Baader-Meinhof-Leute spricht." ('Arbeiter-Kampf' Nr. 118)

Dazu kommt noch ein weiterer Umstand. Die Gefangenen wurden ständig von einer Zelle in die andere verlegt, die letzte derartige Verlegung vor den 'Selbstmorden' erfolgte am 4.10.1977. Abgesehen von der Tatsache, daß die Gefangenen und ihre Habe dabei genauestens untersucht wurden, existierte die letzte Zellenkonstellation ledi-



Prozeß gegen G. Sonnenberg!

Tatsächlich ohne Beispiel ist die Brutalität und der Zynismus der BRD-Behörden, wie sie sich hier zeigen. G. Sonnenberg, der nach schweren Kopfverletzungen, die er bei einem Schußwechsel mit der Polizei erlitten hat, nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen, soll in einem Schauprozeß für immer hinter den Mauern einer 'Klinik' verschwinden, soll zum Kretin gemacht werden.

Schon die Bedingungen der 'Ärztlichen Pflege' beweisen dies. Bei Verletzungen dieser Art, ist für den Heilungsprozeß ein Kontakt mit vertrauten Personen und vertrauter Umgebung unbedingt nötig. Stattdessen wurde der Genosse völlig isoliert und es wurden ihm nur ausgewählte Zeitungen zur Verfügung gestellt. So wurde er zwar von den Ärzten am Leben erhalten, doch die Absicht ihn zu kretinisieren, um ihn dann lebendig zu begraben, ist offensichtlich. So schert es die Justizbehörden der BRD auch wenig, daß selbst die entsprechenden medizinischen Gutachter in der Mehrheit Sonnenberg für nicht verhandlungsfähig erklärten. "Herr S. war überhaupt nicht in der Lage, irgendwelche vom eigenen Willen bestimmten Handlungen durchzuführen, oder auch nur seine Umgebung zusammenhängend wahrzunehmen...Diese Störung des Bewußtseins hat mit Sicherheit nicht nur zu einer vollständigen Vernehmungs- und Verhandlungsunfähigkeit, sondern auch zu einer völligen Unfähigkeit geführt, Erklärungen irgendwelcher Art zu verstehen, entgegenzunehmen oder gar zu beantworten".
('Der Spiegel', Nr.9, Seite 99)

Doch was kümmert es die BRD-Justiz. Sie braucht den "Mörder" von Buback und um das zu erreichen, ist jedes Mittel recht, auch wenn die gesetzlichen Bestimmungen von wegen 'Rechte' des Angeklagten mißachtet werden.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES PROZESSES GEGEN G. SONNENBERG!

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

glich 13 (!) Tage lang. 13 Tage Zeit, um all diese Wunder zu inszenieren?

Wir sind nicht bereit, diese Wunder zu glauben, wir meinen, daß die Genossen in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober ermordet wurden, bzw. im Falle der Genossin Möller ein Mordversuch vorliegt. Wir haben uns oben auf die Kernfragen konzentriert: Wie kamen die Waffen in die Zellen? -Wo sollten sie versteckt werden? - Wie hat das Nachrichtensystem angeblich funktioniert. Dabei gibt es noch eine Reihe weiterer mysteriöser Umstände und Fakten. So fanden sich auf Baaders Schuhen Sandspuren. Das bestätigt Rechtsanwalt Heldmann, der bei der Obduktion dabei war. Um mit Sand in Berührung zu kommen, hätte Baader das Gefängnis verlassen müssen! Der Obduktionsbericht - die genaue Todeszeit wurde nicht festgestellt - ist bezeichnenderweise feige formuliert: "es seien keine Feststellungen getroffen worden, die gegen einen Selbstmord sprechen" (ap.19.10.) Damit wird selbst offiziell Mord keineswegs ausgeschlossen.

Betrachtet man die Erklärungen der Staatsanwaltschaft zu Stammheim in ihrer Gesamtheit, so weisen sie alle Merkmale eines plumpen Lügengebäudes auf. Die Erklärungen wurden mehrmals gewechselt, einige Fragen wurden vorsichtshalber gleich doppelt beantwortet, andere wieder überhaupt nicht. Um verschiedene Wunder überhaupt halbwegs erklärbar zu machen, muß Stammheim als Ort der bodenlosen Schlamperei, Stümperhaftigkeit und Naivität dargestellt werden, das diensthabende Personal als naive, leicht zu übertölpelnde Schwachköpfe. Ein Umstand, der kraß der betont zur Schau getragenen Perfektion und Wissenschaftlichkeit der "Terrorbekämpfung" durch das Bundeskriminalamt und dem Mogadischu-Unternehmen ins Gesicht schlägt. Dazu kommt, daß sich die Gefangenen genau so verhalten haben sollen, wie es sich die bezahlten Schreiberlinge der Bourgeoisie ausgemalt haben: Nach dem großartigen Sieg über den Terrorismus in Mogadischu verzweifeln die Gefangenen am wehrhaften Rechtsstaat und beschließen Selbstmord zu begehen. Seltsamerweise sind sie nicht auf die Idee gekommen, ihre Pisto-





len gegen das Wachpersonal zu richten, seltsamerweise kamen alle vier Gefangenen zum gleichen Entschluß.

Natürlich wissen die Verantwortlichen, daß ihre Darstellungen vielleicht doch zu durchsichtig sind, daß ihre Angaben zu lächerlich und unglaubwürdig sind. Doch genau darauf soll die Beweiskette aufgebaut werden: Je absurder und unlogischer die Argumente sind, desto eher gilt der "Selbstmord" als bewiesen. Diese Herrschaften bleiben tatsächlich ihrer Linie treu. Nachdem jahrelang bei RAF-Genossen nichts in den Zellen gefunden wurde, ging es nun Schlag auf Schlag: 24. Oktober: "In Terror-Zelle Sprengstoff entdeckt", 24. Oktober: "Auch Rasierklingen lagen im Baader-Bau", 27. Oktober: "Auch in Westberliner Gefängnissen Radios bei Terroristen gefunden", 12. November: 400 Gramm Sprengstoff in Stammheim entdeckt", 24. November: "Rasierklingen in der Zelle von Croissant entdeckt", 6. Dezember: "Ein Kleinlautsprecher in Stammheim gefunden". Das Ziel dieser Nachrichtenflut ist leicht zu durchschauen. Es sollte, anstatt daß über die Ereignisse nachgedacht, und deren angeblicher Verlauf nachgeprüft und logisch nachvollzogen würde, breites Erstaunen über die angeblichen Fähigkeiten der RAF-Gefangenen verbreitet werden. "Was diese Terroristen alles in ihre Zellen geschmuggelt haben - von da sollte es nur noch ein kleiner Schritt sein zur Überlegung: "Wenn die das können, werden sie die 'Wunder von Stammheim' auch irgendwie vollbracht haben".

Und sollte jemand doch von Mord sprechen und schreiben, so sind die notwendigen Paragraphen bereits unter Dach und Fach ...

NACHBEMERKUNG:

Nach Abschluß dieses Artikels wurden die Aussagen von Irmgard Möller - der einzigen Überlebenden - vor dem Untersuchungsausschuß bekannt. Diese Aussagen widersprechen zum Teil erheblich offiziellen Angaben, deshalb ist es notwendig kurz darauf einzugehen. Drei Punkte sind dabei bemerkenswert.

- Zum ersten bekräftigte Irmgard Möller jene Aussage, die sie sofort nach der Einlieferung ins Krankenhaus getroffen hatte. Sie betonte, keinen Selbstmordversuch unternommen, oder ihn in Erwägung gezogen zu haben.
- Entgegen offiziellen Angaben über die Abdichtung der Türen gab Irmgard Möller an, daß ein beschränkter Rufkontakt durchaus möglich gewesen sei. Die Gefangenen hätten allerdings selten davon Gebrauch gemacht, da sie befürchteten - sollte diese Kontaktmöglichkeit entdeckt werden - verlegt zu werden.
- "Sie selbst, Irmgard Möller, habe die Möglichkeit gehabt, mit den ihr überlassenen Kopfhörern über die Anstalts-Leitung Rundfunk zu hören. Jedoch nur zwischen 7.00 Uhr und 22.00-23.00 Uhr, da Nachts die Leitung ausgeschalten wurde."

('Arbeiter-Kampf' Nr. 121, Seite 7)

Auffallend ist dabei folgender Umstand: Oberflächlich gesehen müßte man annehmen, daß sich die bürgerliche Presse wie wild auf diese Aussagen stürzen, und sie in Richtung "Beweis" für die Selbstmordthese ausschlachten würde. Bezeichnenderweise nahm sie davon kaum Notiz, sondern publizierte dafür Rebmanns "Enthüllungen" in großem Stile (Rebmann behauptete bekanntlich, daß die Anwälte den Gefangenen die Waffen übergeben hätten, ist aber dafür jeden wirklichen Beweis bisher schuldig geblieben. Man kann sich denken warum). Der Grund dafür ist einfach. Sicherlich - sollten die Angaben Möllers stimmen - eine Behandlung durch Drogen, psychische und physische Einschüchterung kann keinesfalls ausgeschlossen werden - sind sie noch lange kein Beweis für den Selbstmord, nicht einmal das Kommunikationssystem wäre damit erklärt. Man kann sich durch Brüllen höchstens kurz verständigen, aber keine langen Diskussionen führen. Statt dessen führen die Aussagen Möllers zu neuen ungelösten Widersprüchen. Wie ist die Aussage der Wachebeamten, die die Schüsse wegen der schallschluckenden Türandichtungen nicht gehört haben wollen, mit der Aussage der Genossin über die Qualität dieser Abdichtungen vereinbar? Und vor allem: Widersprechen die Angaben Möllers nicht allen übereinstimmenden Meldungen über die völlige Kontaktsperre seit der Schleyer-Entführung? Schrieben doch alle bürgerlichen Zeitungen übereinstimmend, den Gefangenen seien alle Kommunikationsmöglichkeiten entzogen, die Zellen "fast täglich" durchsucht worden. Wozu all diese Wunder, wenn die Gefangenen wie vor der Entführung offiziell Radio hören konnten? Würden sich die Einpeitscher der Selbstmordlegende auf Möllers Aussagen beziehen, so würden sie sich doppelt ins Fleisch schneiden. Zum einen, wie kann "so einer" überhaupt geglaubt werden, schließlich spricht Möller ja unmißverständlich davon, daß an ihr ein Mordversuch verübt wurde. Zum zweiten würde das bedeuten, daß die Kontaktsperre in der Form nicht existiert hätte. Damit wäre bewiesen, daß im "freiheitlich demokratischen Rechtsstaat" monatelang die Medien Unwahrheiten über die Situation in Stammheim verbreitet hätten. Das darf freilich nicht passieren! Irgendwie müssen es die bürgerlichen Zeitungsfritzen mitgekriegt haben, der Preis, Möllers Aussagen demagogisch zu verbiegen, wäre zu hoch gewesen.

Geldstrafe für Gegner des Vorster Regimes

Wie wir der letzten Ausgabe der Zeitung 'revolutionäres Afrika' entnehmen, wurden kürzlich drei Mitglieder des 'Komitee Südliches Afrika' zur Zahlung einer Geldstrafe von S 11.5oo.- verurteilt (ursprünglich S 27.ooo.-). Sie hatten am 13.Mai des letzten Jahres (anläßlich des Treffens von Vorster mit Mondale in Wien) eine Parole auf der Simmeringer Hauptstraße angebracht, mit der sie gegen dieses Treffen protestierten. Diese Geldstrafe kann nicht einmal mit dem 'Argument' der Reinigungkosten begründet werden, sondern hat einzig und allein den Sinn, diejenigen, die gegen das Rassisten-Regime Vorsters Propaganda machen einzuschüchtern.

Man muß aber wieder einmal feststellen,daß auch in diesem Falle die Organisationen der Linken nicht verständigt wurden und wieder einmal keine Aktionseinheit einberufen wurde. Wir fordern alle zur Solidarität mit den drei Genossen auf und werden eine Geldspende von S 1ooo.- auf das Konto überweisen.

Spenden an das Konto des 'Komitees Südliches Afrika' Nr. 6o1 228 6o4 bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Zahlungszweck angeben.

Südafrika: Unterdrücker unter Druck

"Seit nunmehr fast 30 Jahren ist Südafrika das Stinktier unter den Nationen."(J.S. Marais) Aus dem Munde eines gestandenen südafrikanischen Bankpräsidenten klingt der Satz natürlich eher besorgt als gehässig. Besorgt ist der Herr doppelt, denn anders als anderen Sargträgern des Kapitals wird ihm auch noch die Rolle eines Mumienpräparators für die politische und soziale Ordnung seines Landes abgenötigt. Südafrikas Regierungspolitik stößt nicht nur bei ihren Klassengegnern auf Widerstand, sondern sogar mitunter bei ihren imperialistischen Verbündeten auf einige Verständnislosigkeit.

Immer mehr offizielle Töne stimmen in den immer lauter werdenden Chor der Weltöffentlichkeit ein, und verlangen eine Änderung in der politischen Form der Republik Südafrika (RSA). Die beiden letzten waren - außenpolitisch gesehen - rabenschwarze Jahre für das dortige weiße Minderheitsregime. Im Gefolge des Massakers von Soweto vor eineinhalb Jahren und des Todes des Studentenführers Steve Biko, an dem im Frühherbst 'Selbstmord' verübt wurde, rappelte es nicht nur von papierenen Protestresolutionen bis hinauf in den UNO-Karton. Auch Sanktionen wurden verhängt. Der kaum mehr als müde Wirtschaftsboykott, den die internationale Gewerkschaftsorganisation IBFG Anfang 1977 absolvierte, kostet das Apartheidregime wohl ebenso bloß ein Achselzucken, wie das 'schwerkalibrige' UNO-Waffenembargo (vgl. AK 117: 'UNO-Waffenembargo gegen RSA - Es wird uns nicht umbringen.")

DIE BRD UND SÜDAFRIKA: HALLO PARTNER - DANKESCHÖN!

Die BRD ist in ihren Beziehungen manchmal streng mit der RSA: Sie trägt das Waffenembargo mit und richtet eine "ernste Warnung" - so Genscher ('Süddeutsche Zeitung', 16.11.1977) - an die südafrikanische Regierung.

Aber sie ist auch fair: Sie regt die Investitionstätigkeit in Südafrika an. Ihr Anteil am Aufkommen ausländischer Investitionen beträgt 12%; sie räumt Südafrika Kredite von jährlich, knapp gerechnet, 170 Mio.DM ein (vgl. "Banken in Südafrika", Informationsdienst südliches Afrika, hrsg. von der 'Informationsstelle südliches Afrika')
Sie überläßt Südafrika Technologien zur waffengrädigen Urananreicherung oder deklariert die Lieferungen von Militärfahrzeugen als zivile. Sie bildet südafrikanische Offiziere in der BRD aus usw. (vgl. "Waffengeschäfte BRD-Südafrika, IDSA 4/77)

Die BRD beläßt das seit 11.6.1962 bestehende Kulturabkommen mit der RSA ungekündigt. Im Art. 4.3 werden Afrikaans und Englisch als einzig rechtmäßige Landessprachen anerkannt. Man erinnere sich an den Anlaß der Unruhen in Soweto!
40% der Steuergelder, die insgesamt 1973 für Schulbauten im gesamten Ausland angesetzt waren, wurden in Südafrika verbaut. (vgl. Dokumentation 'Kulturabkommen zwischen der BRD und der RSA, hrsg. von Amnesty International, S.13)
Die Schulen sind ausschließlich für weiße Kinder bestimmt - wahrscheinlich, damit wenigstens ihnen das beklagenswerte Los ihrer armen schwarzen Vettern erspart bleibt ("Schwarz" wird hier immer im Sinne der Black Consciounessbewegung als Sammelbegriff für alle von der Rassendiskriminierung in Südafrika Betroffenen Nichtweißen gebraucht.).
Die Bundesrepublik gewährt auch tatkräftig Vereinen wie der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft Förderungsschutz. Über die Landesfilmdienste ergießen sich südafrikanische Propagandafilme.

Grandezza und Weitblick bewies die Bundesregierung auch im Sommer 1976, als sie das Gipfeltreffen sämtlicher südafrikanischer Botschafter mit ihrem Premier Vorster ausrichtete.

DER SELBSTBEHAUPTUNGSWILLE DER BRD-DIPLOMATIE

Für die innigen Bande der BRD zum Apartheidregime in Südafrika sind eigentlich weniger die Freundschaftsbesuche notorisch dummköpfiger 'Alles Lügen Propaganda'-Bellern wie dem CDU-Dregger und -Todenhöfer von Belang, sondern eher die konvulsivischen Zuckungen, die Regierungsstellen jedesmal vollführen, wenn sie wieder bei einer Kollaboration mit Südafrika ertappt worden sind. In ihrem Bemühen, auch den schwarzafrikanischen OAU-Bourgeoisien, deren angenehmem Investitionsklima man ja schließlich auch versichert sein will, schönzutun, versteigt sich die BRD-Regierung zu einem Beschluß, Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika Hilfe für friedliche Zwecke zu geben. ('Süddeutsche' 29.10.1977) Auf den ersten Blick verblüffend. Aber: nur mit dem Kalkül, die Unkosten einer Revolution zu vermeiden. Man hofft sich so in die Befreiungsbewegungen einzukaufen.

DGB: KAPITALISMUS ODER DAS CHAOS

Ein besonderes Kasperltheater führt der DGB auf. In der 'internationalen' Ausgabe von 'Welt der Arbeit' vom 22.12.1977 redet DGB-Vorsitzender Vetter seine tiefe Bestürzung von der Seele, scheinbar über die brutalen Methoden der staatlichen Unterdrückung in Südafrika. Liest man aber bis zum Schluß weiter, kann man den realen Krankheitsherd von Vetters Gallenkolik lokalisieren. Dort heißt es: 'Der sich in Südafrika angesammelte Sprengstoff muß unter Einsatz aller Kräfte entschärft werden." Was will Vetter für die Schwarzen erreichen? "...den unterdrückten Menschen in Südafrika auf ihrem Weg zur Anerkennung ihrer Menschenwürde verhelfen."(ebd.) Ein bißchen Menschenwürde, was brauchen diese armen Kreaturen schon mehr?!
Von kapitalistischer Ausbeutung mag ein Vorsitzender der bundesrepublikanischen Gewerkschaften schon gar nicht mehr reden. Der DGB hält "weitere Investitionen deutscher Firmen in Südafrika nur dann für vertretbar, wenn die oben genannten Forderungen des DGB erfüllt werden."(ebd.) Die gemeinten 5 Punkte zielen lediglich auf die Uneingeschränktheit gewerkschaftlicher Tätigkeit und die Aufhebung der Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz. Kein Wort von sofortiger Freilassung der eingekerkerten Gewerkschafter! Kein Wort von der vom DGB erst im IBFG mitbeschlossenen, dann hintergangenen aktiven Boykottwoche an der Jahreswende 1976/77.

'KOLLEGE' LODERER: EIN KRETIN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Derweil bereist sogar IG-Metallvorsitzender Loderer die RSA und schweinigelt durch die Landschaft. Waren schon seine Zusammenkünfte mit ministeriellen Vertretern der Apartheidregierung eine glatte Provokation gegen alle schwarzen Arbeiter, und insbesondere gegen die inhaftierten Gewerkschafter, könnte Loderer mit seinen Äußerungen wie der kategorischen Ablehnung von Boykottmaßnahmen gegen die RSA ("Ich messe diesen Resolutionen, die nur auf dem Papier stehen, keine große Bedeutung bei. Handel treiben die Unternehmer, nicht die Gewerkschaften. Politik kann man nicht auf Haß gründen." lt. 'Welt', 5.1.1978) und seinem Lob der westdeutschen Firmen als "vorbildlich" und "unternehmerfreundlich" - obwohl VW-Südafrika zB. den gewerkschaftlichen Forderungskatalog nicht einmal erfüllt hat- glatt zur Kandidatur für den verwaisten Posten des 'Arbeitgeberverbandspräsidenten' kandidieren.

SÜDAFRIKAS WIRTSCHAFT IM ABSTIEG

Wirtschaftliche Teilembargen des weißen Minderheitsstaates sind, wie sich bislang herausstellte, solange nutzlos und wirkungslos, wie Kapital über andere imperialistische Kanäle nachsickern kann. Wäre eine vollständige Wirtschaftsblockade wirksamer? Ihre politische Durchsetzbarkeit wäre nur über die Gewerkschaften zu erreichen, bei denen aber - nicht bloß im DGB - im Moment wieder wenig Meinung herrscht, dem Punkt Nachdruck zu verleihen.

Zweifelsohne würde eine solche Sanktion Wirkung zeigen, denn die südafrikanische Wirtschaft steht momentan bereits wackelig da. Eine Art selbstregulierende Ultrastabilität ist trotz gewisser Autarkiebestrebungen unter kapitalistischer Ägide nicht denkbar. Der weltwirtschaftliche Krisenzyklus schüttelt auch die RSA mit einem Verzögerungseffekt von im Schnitt 2 Jahren gegen die Zentren des Imperialismus.

Es knackt im Konjunkturgebälk vor allen Dingen an den Stellen Wachstum und Währung. Ein Sinken der Wachstumsrate per capita signalisiert Depression vornehmlich im privatkapitalistischen Sektor. Unter diesem gegenwärtigen Druck machen jährlich ca. 1000 Firmen bankrott. Ganze Branchen, wie etwa die Automobilindustrie stecken in einem Absatztief.

Zu erklären sind solche Flauten mit der durch die Teilhabe am Weltmarkt entstehenden Konkurrenzsituation mit anderen nationalen Kapitalverbänden. Die Industrie des



OPFER DES RASSISTENREGIMES

Landes muß auf rohstoffverarbeitende Komplexe umgerüstet werden, weswegen auch neue Produktionsanlagen angeschafft werden müssen. Das hierfür erforderliche Investitionsvolumen macht die RSA stark kreditabhängig. Die öffentliche Hand investiert aber ebenso in unproduktiven Bereichen: Zur Hauptsache ihre Rüstung verschlingt Unsummen. Die angestrebten Vorteile werden mit Geldentwertung erkauft. Nach der über die Anleihepositionen zu errechnenden Staatsverschuldung thront die RSA auf einsamer Höhe am afrikanischen Kontinent (vgl. H. Koch, "Banken in Südafrika" - Kredit für Apartheid, in IDSA 3/77, S.3-9)

Der investitorische Elan ausländischer Firmen, einschließlich der Banken, ist äußerst unheimlich.

ARBEITSLOSIGKEIT UND MÖGLICHE KONSEQUENZEN

Ein anderes Bild von der Wirtschaftswirklichkeit Südafrikas zeichnet der bereits zitierte Dr. Marais. Sein Report riecht allerdings sehr stark nach Imagepolitur. Offensichtlich um einen rosigeren Ton hineinzukriegen, trägt er immer wieder die paradiesischen Investitionsbedingungen auf. Er kann sich da auf verbriefte Investitionsgewinne (vgl. IDSA 4/77, S.21) für ausländische Firmen berufen; bis zu 20% allein für die BRD; nach Malaysia hat Südafrika die höchsten in der Welt zu bieten. Er preist auch die eigenen Vorzüge einer modernen, in Wissenschaft, Technik und Produktionskapazität gerüsteten Ökonomie. Kurzum, Südafrika - ein Land entwicklungsfähiger 'Solidarität'.

Doch einen Poster vermißt man in Marais' Rechnung: die stetig ansteigende Arbeitslosigkeit in der RSA. Unter der schwarzen Bevölkerung lagen die Schätzungen ungefähr bei 20% der Erwerbsfähigen. Monatlich kommen 10 000 dazu. Betrug der Anteil der arbeitslosen Weißen bislang weniger als 2% (vgl. IDSA 3/77, S.8), mehren sich jetzt die Anzeichen, daß die Arbeitsbeschaffung der Regierung den weißen Beschäftigten keinen Ersatz mehr bringen kann für die ohne Rücksicht auf Hautfarben Arbeitsplätze wegschwemmende Rationalisierungswelle. Werden immer mehr Schwarze entlassen, werden auch keine Aufpasser mehr gebraucht. Dies stellt auch unter Umständen die politische Situation in Südafrika unter eine neue Konstellation. Bisher hatte die regierende Nationale Partei die große Mehrheit der weißen Minderheit hinter sich zu bringen gewußt, weil sie die Arbeitsplatzreservierung allein für Weiße wie die Löwin ihr Junges verteidigt hatte. Die Ernte mühevoller Aussaat droht nun durch die vermaledeiten Bewegungstendenzen des Kapitals unter den Händen zu zerrinnen, und die Anhänger der Apartheid könnten sich von ihrer Partei abkehren.

Die zugelassene Opposition im Land reckt nun die Hälse, und Stimmen der Vernunft, sprich den Protektionisten des südafrikanischen Kapitals, denen Apartheid allenfalls ein Dorn im Auge ist, zumal es ihnen noch bessere Geschäfte verdirbt, melden sich zu Gehör. Als Huldiger des Leistungsgedankens hätten sie natürlich gern eine Durchlöcherung der Bestimmungen zur Arbeitsplatzreservierung. Eine bessere Ausbildung für Schwarze wird auch vorgeschlagen.(Vgl. 'Süddeutsche', 26.11.1977 und EPD-Dokumentation S 103) Das würde dem industriellen Bedarf an Fachkräften entsprechen, und gleichzeitig würde ein beflügelndes Moment für das freie Spiel des Wettbewerbs unter den Arbeitskräften, die man weiterhin dividieren, kontrollieren und dirigieren könnte, gegeben sein, und - da man ja weitdenkend ist - auf diese Weise könnte der angeknackste, garstig undemokratische Ruf der südafrikanischen Republik wiederhergestellt werden, und man wäre endlich wieder ein 'normales' Mitglied der kapitalistischen 'Weltfamilie'. So hätte man's gern!

DIE BANTUSTANS

Unterdessen betreibt die Apartheidregierung eine eigenwillige Integrationspolitik: die Politik der Bantustans.
Die unter schwarzer Selbstverwaltung stehenden Stammesgebiete sind Mehrzweckeinrichtungen. Sie sind einmal riesige Rangierbahnhöfe für das Reservoir an Arbeitskräften, das je nach Bedarf in die Produktionszentren abkommandiert werden kann, und bedeuten, daß die in ihnen eingepferchten Schwarzen, durch Anerkennung der Souveränität ihrer Bantustans, den Weißen den Löwenanteil des Grund und Bodens überlassen. Unter politischem Aspekt 'entmischen' die Bantustans Gefahrenherde - bereits erprobt in Soweto, als Zulu-Wanderarbeiter sich als Streikbrecher gegen die einheimischen Schwarzen wandten. Letztlich ist es auch Absicht des Apartheidregimes, sich willfährige Verwaltungskasten heranzuziehen, mit deren Hilfe sich die Aktivitäten der Schwarzen noch besser überwachen lassen.

RASSENSCHRANKEN = KLASSENSCHRANKEN

Die übergroße Majorität der schwarzen Bevölkerung in Südafrika ist proletarisch. Auch von einer selbständigen Bauernschaft kann in Südafrika keine Rede sein. Die Agrarwirtschaft wird ausschließlich über die großen Farmen der Weißen abgewickelt, auf denen sich Schwarze als Landarbeiter ausbeuten lassen müssen. Städtisches Kleinbürgertum existiert nur in ganz geringem Umfang. Die Aufstiegsmöglichkeiten der Schwarzen sind durch Rassentrennung schon in der Schulbildung blockiert. Sie verdienen im Schnitt besser als ihre afrikanischen Kollegen auf dem übrigen Kontinent, aber die Firmen löhnen für gleiche Arbeit mindestens das sechsfache an weisse Arbeiter.

Freizügigkeit besteht für Schwarze aufgrund der Paßgesetze nicht. Arbeitsplatz- und Aufenthaltswechsel ist nur mit Einwilligung von Unternehmern und Behörden gestattet. Der schwarze Arbeiter genießt keinerlei Kündigungsschutz, er kann jederzeit gefeuert werden.

Bei Streik und anderen Widersetzlichkeiten sind Polizei und Militär befugt, einzuschreiten, wenn es nottut, und die weiße Minderheit muß eigentlich immer von Notwehr gegen widerspenstige Schwarze ausgehen - auch mal draufzuhalten. Jede Art von gewerkschaftlicher oder politischer Selbstorganisation ist inzwischen verboten. Delinquenten, in politischen Fällen als Vorbeugehaft deklariert, können mittels des 180 Tage-Gesetzes für diesen Zeitraum ohne Haftprüfungstermin festgehalten werden. Soweit der vom DBG beseufzte Sprengstoff.

Welches sind nun die politischen Strömungen unter den Schwarzen in Südafrika?

BANTUSTAN-HÄUPTLINGE : STRATEGEN DER UNTERDRÜCKUNGSREFORM

Einige Oberhäupter der Bantustan-Einheiten haben nach den blutigen Juni-Ereignissen von 1976 die Köpfe zusammengesteckt und eine Schwarze Einheitsfront (BUF) aus der Taufe gehoben. In ihrem wohltemperierten Kosmetiksalon sollen die durch Apartheid entgleisten Züge der RSA wieder geglättet werden. Folgende Mittelchen hält man bereit: (vgl. IDSA 4/77, S. 24-26)
1. ...für einen mit der Regierung in Pretoria teilkooperativen Weg zur Erlangung der Rechte für Schwarze.
...gegen Konfrontatismus - weswegen zB. Kwa-Zulu - Chef Buthelezi auch ein an einem Streik beteiligtes Regierungsmitglied aus dem Amt entfernen ließ.
2. ...für eine genuin afrikanische Demokratie in Form einer angemessenen Gruppenvertretung.
...gegen politische Polarisierung und eine Mehrheitsregierung der Schwarzen. 'Ein

Mann - eine Stimme' wird als programmatische Losung abgelehnt.
3. ...für eine rücksichtsvolle Politik gegen das demokratische Ausland; zB. erschien eine Annonce im 'Handelsblatt', in der mögliche Investoren zur Tätigkeit in den Bantustans eingeladen wurden. Spätestens hier fallen Ähnlichkeiten zu Vorstellungen des liberalen Kapitals in Südafrika auf.
...gegen eine Politik des Boykotts der Apartheidregierung (vgl. FAZ, 25.6.1977)
4. ...für maximale Produktivität in Handel und Industrie.
...gegen 'aggressive' Gewerkschaften.

Die Schwarze Einheitsfront - eine Befreiungsbewegung der Schwarzen? Das war es also nicht!
Was die Kollaborateure von der Schwarzen Einheitsfront mit anderen dieses Schlages allenfalls noch gegen die Regierung auf den Plan ruft, ist der Wunsch, das Apartheidregime möge ihnen mehr Land für ihre Bantustans abtreten. Ihre Drohung, sonst würden sie nicht mehr mitspielen, blieb indes bislang eine leere Geste. Ihr Rückhalt und Einfluß dürfte außerhalb ihrer Einzugsgebiete bisher noch kaum von Durchschlagskraft sein.

DIE TRADITIONELLEN ORGANISATIONEN - LEERE HÜLSEN DER BEFREIUNGSBEWEGUNG

Wendet man sich den Organisationen zu, die keinen Schwur zur friedvollen Koexistenz abgeleistet haben, fällt eine Generationsfolge in der Befreiungsbewegung auf. Man kann sogar von einer Wachablösung sprechen.

ANC (African National Congress, seit 1913) und sein parallelgeschalteter Dachverband unter den Gewerkschaften SACTU (seit 1955) gehören zu den altgedienten Organisationen, die schon geraume Zeit unter illegalen Verhältnissen arbeiten. Der ANC steuert einen stalinistischen, an der Sowjetunion orientierten Kurs. Zwar verficht er eine These des bewaffneten Befreiungskampfes, sein einstmals dominierender Einfluß hat sich aber durch eine wenig kämpferische Vergangenheit verflüchtigt. Daran ändert auch die Gründung eines militärischen Flügels 'Speer der Nation' vorläufig nichts.

Auch die 1959 abgespaltene militante PAC (Pan Africanist Congress), die eine kleinbürgerliche Volkskrieg- und Supermächteideologie verfolgt, hat mittlerweile abgewirtschaftet.

Vor Soweto war es lange Zeit sehr ruhig in Südafrika gewesen. Beteiligt an den Erhebungen der Schwarzen von 1976 war, trotz gegenteiliger Beteuerungen, weder der ANC noch der PAC, die beide um den Titel 'Vorhut des azanischen (südafrikanischen) Volkes' wetteifern.
Erst recht nicht die SACP (KP Südafrikas): von deren Existenz aber zB. der Gen. Majakathata, einer der Führer des Soweto-Aufstandes, erst nach seiner Flucht aus der RSA hier in Europa erfuhr (lt. Bericht am 17.12.1977 in Bonn), und die ohnehin fast ausschließlich eine Organisation von Weissen war.

DIE NEUE BEFREIUNGSBEWEGUNG DES 'SCHWARZEN BEWUSSTSEINS' UND IHRE GEFAHREN

Den Platz an Altersstarre und Exilierung leidenden überkommenen Organisationen hat eine Strömung eingenommen, die unter dem Namen BCM (Black Consciousness Movement) zusammengefaßt wird.
Wie reich facettisiert und politisch ungeformt die Strömung des Schwarzen Bewußtseins ist, haben gerade die Ereignisse der neuesten Zeit verdeutlicht. Kaum eine der bestehenden Organisationen ist älter als 10 Jahre. An ihrer Programmatik, ihrer anfänglichen Duldung durch das Apartheidregime und ihre zunächst friedlich-naiven Kampfmethoden, zB. Sit-ins, läßt sich eine große politische Unerfahrenheit und die Bindungslosigkeit an traditionelle Organisationen ablesen. Erst über Soweto und die Ermordung des Studentenführers Biko haben sich große Teile der schwarzafrikanischen Bevölkerung frisch radikalisiert. All das ist authentisch überliefert. Sprunghafte Metamorphosen und auseinanderstrebende Entwicklungslinien liegen gleichermaßen in der ungeformten Natur dieser Bewegung. Hierin und in ihrer durch das Organisationsverbot vom Oktober vergangegen Jahres erzwungenen Illegalität lauern aber auch Gefahren für die Revolution in Südafrika.

Trotz des Verbots existiert bereits wieder ein Aktionskomitee der SASM (South African Students Movement), jener Schülerorganisation, die alleinig für den Aufstand in Soweto verantwortlich war(lt. Majakathata, ebd.). Aber die Abgeschnittenheit kann auch zu einer Orientierungslosigkeit und schließlichen Resignation führen, die dann zB. ein Buthelezi geschickt für sich ausnützen könnte. Überhaupt scheint das Schwarze Bewußtsein sehr anfällig dafür, nur die eigenen Probleme zu sehen, bis hin zu einer Haltung, die sich nur militärisch mit dem Klassenfeind auseinandersetzen will.

Die Gefahr eines Abrutschens in das Guerilla-Abenteuer und die Vernachlässigung des politischen Kampfes nach innen und nach außen überspielt u.E. der Artikel in der Null-Nr. von'Commune'(Commune,0/77, S.25)
Unter den augenblicklichen Umständen könnte das Guerrilla-Konzept des Befreiungskampfes in den Neokolonialländern vorbildhaft abfärben, obschon es klassenmäßig nicht auf das durchproletarisierte Südafrika paßt. Mit Guerilla-Konzept ist hier nicht eine formale Bestimmung nach Kampfmethoden gemeint, sondern die Auslagerung des Klassenkampfes aus der spezifischen Umgebung des Proletariats. Die Kämpfe der beiden letzten Jahre trugen einen gespaltenen Charakter. Einerseits fanden sie auf dem Klassenboden Proletariat - Bourgeoisie statt, und zum anderen ging es nach Form und programmatischer Ausrichtung um die Verwirklichung bürgerlicher Rechte für die Arbeiterklasse.

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE
spartacus
Zentralorgan des SPARTACUSBUNDES
Die Linke im Kampf gegen die Repression
„Ein Schritt vorwärts, zwei zurück..."

AKW-Bewegung: Wie weiter?
Gerichtsurteile: Ein großer Erfolg?
INHALT

Auch wenn man heute Vertreter des Schwarzen Bewußtseins nach Grundlagen der zukünftigen Produktion oder einer Strategie zur Eroberung der Macht fragt, stößt man vielfach auf Hilflosigkeit, die auch durch ein theoretisches Defizit erklärbar ist, denn in Südafrika ist revolutionäre Literatur verboten.

Die Führer der Bewegung wollen einen nationalen Weg zur Revolution einschlagen und wollen jede Unterstützung annehmen, gleich von wem sie kommt, wenn sie nur uneigennützig ist. Aber die Realität stellt sie letzten Endes doch vor die Wahl: es gibt keine uneigennützige Unterstützung von irgendwelchen Staaten. Die Kämpfer in Südafrika müssen lernen, daß sie im Ernstfall nur (und hoffentlich) von der internationalen Arbeiterklasse Hilfe erfahren können, denn nur sie hat die gleiche Interessenslage, das Joch von Ausbeutung, Unterdrükkung und Diskriminierung abzuschütteln.

Zwar mangelt es an einer revolutionären Führung in der RSA, aber die Militanten des Schwarzen Bewußtseins bieten aufgrund ihrer frischen Kampferfahrung und politisch noch unverhärteten Einstellung derzeit am ehesten die Gewähr für eine revolutionäre Weiterführung des Kampfes bis zur Machtübernahme der Arbeiterklasse in Südafrika.

DIE DEMOKRATISCHEN LOSUNGEN IM ZENTRUM DES KAMPFES

Die Militanz der Auseinandersetzungen von schwarzer Bevölkerung und weißer Unterdrückerminderheit entfaltete sich entlang der Achse radikaler bürgerlicher Ansprüche an den weißen Privilegienstaat.

Nicht Losungen gegen die ökonomische Auspressung der schwarzen Arbeiterklasse standen auf der Tagesordnung, sondern Losungen politisch-sozialen Inhalts. Deswegen wäre es auch für die Revolutionäre falsch, etwa über die 'gleitende Skala' einen Zugang zur Entfaltung des Übergangsprogramms für die Massen zu suchen.

Für das - nicht trotz, sondern wegen der kapitalistischen Verhältnisse - aufrecht erhaltene, rassendiskriminierende Herrschaftsgefüge, wäre die Gewährung elementarer bürgerlicher Rechte, wie Organisationsfreiheit, Koalitions- und Meinungsfreiheit etc. für die Schwarzen untragbar. Daß um diese Rechte nur ein bewaffneter Angriff von innen und ein totaler Boykott von außen auf den von Weißen beherrschten Staat geführt werden kann, an dessen Ende der Sturz der Apartheid stehen wird, haben die Reaktionen auf beiden Seiten gezeigt. Was soll aber danach an die Stelle der alten Regierung? Ohne daß unser Informations- und Diskussionsstand uns momentan eine konkrete Festlegung erlauben, so ist eines sicher: es muß der Form nach eine Regierung der schwarzen Mehrheit sein.
Die Losung ohne Klasseninhalt würde momentan unter den Schwarzen Südafrikas wohl ohne weiteres akzeptiert. Allerdings besteht auch die Gefahr, daß unter dem Vorzeichen einer derzeit illegalisierten Befreiungsbewegung 'national-demokratische' Etappenziele den Inhalt der Losung bestimmen könnten. Keine Chance für eine Desorientierung wird es erst dann geben, wenn die Klasseninteressen sich auch in der Regierungslosung dokumentieren. Daß da nur eine Arbeiterregierung der Schwarzen in Frage kommt, liegt auf der Hand, denn das Gros der weißen südafrikanischen Arbeiterschaft ist neben den weißen Farmern der politisch reaktionärste Teil der Gesellschaft und der Hauptstützpfosten der Apartheid.

U.H.

(aus 'spartacus' Nr.41; Dieser Artikel stellt den vorläufigen Informations- und Diskussionsstand im SPARTACUSBUND dar.)

Marxismus und „Volksabstimmung"

Die Politik der österreichischen AKW-Bewegung und insbesondere die Politik der linken Organisationen, die Bestandteil dieser Bewegung sind, hat es schon längst unumgänglich gemacht, den Ansatz einer marxistischen Analyse dieser Bewegung, ihrer Grundlagen und Perspektiven zu liefern. Wir hatten uns schon vor einiger Zeit, diese Aufgabe gestellt, doch wurde deren Erfüllung stets durch dringendere Aufgaben verhindert. In der ersten gemeinsamen Ausgabe des Theoretischen Organs unserer Organisation mit dem Spartacusbund (die im Mai erscheint), wird dies - leider zu spät - nachgeholt werden.

Wir glauben, daß die linken Organisationen, die ständig in der IÖAG mitarbeiten, in einer Reihe von Punkten mit der marxistischen Methode gebrochen haben. Die Aufstellung der Forderung nach einer 'Volksabstimmung', bzw. nach einem 'Volksentscheid' über die Inbetriebnahme von AKWs, von Seiten des KBÖ und der GRM, stellt aber ohne Zweifel einen vorläufigen Höhepunkt in dieser Entwicklung dar. Ist die Volkstümelei im Falle des KBÖ nun wirklich nichts neues (daher kommt die Aufstellung von Seiten der Maoisten auch nicht überraschend, sondern entspricht vielmehr deren reformistischem Programm), so ist dies bei der GRM nicht der Fall. Sie - die den Anspruch hat, den Trotzkismus, also die Methode des Marxismus seit der Degeneration der III. Internationale zu vertreten - kann sich jedoch <u>in dieser Frage</u> kaum von den Maoisten abgrenzen. Unterschiedlich ist einzig das Vokabular. "Stürmt" bei den Maoisten das "Volk", "umzingelt" es das Parlament, so läuft dies alles bei der GRM in etwas realistischeren Phrasen ab. So weit ist man noch 'auf dem Teppich', daß man begreift, daß heute in diesem Land nun wirklich kein "Volk" in Bewegung ist, geschweige denn das Parlament "umzingelt".

Doch auch auf dieser Ebene gibt es interessante und zugleich belustigende Annäherungen, die in der letzten Ausgabe der 'rotfront' durchschlagen, indem die GRM "das steigende Mißtrauen (!) der Massen (!) in die parlamentarischen Machenschaften" sieht.

Mit diesen Zeilen soll vor allem auf die Frage der 'Volksabstimmung' eingegangen werden, d.h. wir wollen begründen, warum wir diese Forderung für falsch halten und sie dementsprechend auch ablehnen.

MARXISMUS UND PARLAMENTARISMUS

Die 'Volksabstimmung' ist eine Form des bürgerlichen Parlamentarismus. Den unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes soll durch ein formal gleiches Recht der Abstimmung, die 'Souveränität' des Volkes, d.h. das kleinbürgerliche Ideal des 'souveränen Bürgers' vorgegaukelt werden. Kann dieser 'souveräne Bürger' im Falle von Wahlen, zwischen 'alternativen' Parteien wählen, so stimmt er im Falle von Fragen, die die 'gesamte Nation' betreffen, ohne Unterschied des Standes und der Partei ab - ein einzig 'souveränes und gleiches Volk'!

Doch dieses abgetakelte Ideal aus besseren Tagen der Bourgeoisie, welches heute nur mehr den Sinn hat das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie an den kapitalistischen Staat zu binden, entspricht eben längst nicht mehr der Realität. Tatsächlich kann in der imperialistischen Gesellschaft mit ihren Klassenstrukturen keine Rede mehr sein von einer 'demokratischen Volksabstimmung'. Für Marxisten stellt sich in dieser Gesellschaft jedes Problem <u>als Klassenfrage</u>, d.h. alles was sie tun und <u>schreiben</u>, hat als einzige Grundlage das Klasseninteresse des Proletariats, welches wieder zum Teil und in bestimmten Situationen mit den objektiven Interessen der unterdrückten Schichten des Kleinbürgertums zusammentreffen kann.

So stellt sich vordergründig etwa das Atomkraftwerk als 'Volksproblem' dar, doch allein schon die Frage, wer es wie bekämpfen und verhindern kann, führt zur kapitalistischen Energiepolitik und damit zur Arbeiterklasse. Lenin hat es drastisch, einfach und klar formuliert - die bürgerliche Demokratie, auch in ihrer ausgereiften Form, stellt nichts anderes dar, als eine Art der bürgerlichen Diktatur. Tatsächlich befindet sich das Monopol über Erziehung, Ausbildung, Presse, Rundfunk, Fernsehen - von den Auswirkungen des Ausbeutungsverhältnisses in der Produktion ganz zu schweigen - in den Händen der herrschenden Klasse, bzw. ihrer Verwalter. Unter diesen Umständen von einer 'demokratischen Volksentscheidung' zu sprechen, ist absurd. Gilt dies für Wahlen generell, so natürlich auch für die 'Volksabstimmung'.

Eine solche soll ja das 'Parlament' beauftragen, über die abgestimmte Frage, noch einmal zu diskutieren und zu entscheiden. D.h. die 'Volksabstimmung' an sich stellt damit eine Aufwertung des Parlaments dar, welches nicht erst seit heute keinerlei reale Bedeutung in der bürgerlichen Gesellschaft hat, sondern um mit Lenin zu sprechen, "eine Schwatzbude" ist. Die tatsächlichen Entscheidungen fallen an Orten, an die nun wirklich keine 'Stimme des Volkes' dringt.

Wenn wir von diesen, für Marxisten wohl unumstrittenen Punkten ausgehen, dann folgt für uns daraus, daß wir in keiner Situation Wahlen und Abstimmungen an sich - nach den bürgerlich/demokratischen Prinzipien - fordern, sondern diese Frage erst durch den Klassenkampf eine Bedeutung für uns erhält.

Doch Kommunisten beteiligen sich doch zu den Wahlen zum bürgerlichen Parlament?

Natürlich. Doch aus Gründen, die allesamt <u>nicht</u> die heute aufgestellte Forderung nach <u>einer</u> 'Volksabstimmung' über AKWs absichern können. Die Grundlage jeder Beteiligung von Kommunisten an bürgerlich/demokratischen Abstimmungen und Wahlen, sind die Illusionen und das Vertrauen, welches die Arbeiter und das Kleinbürgertum in die bürgerliche Demokratie haben. Wenn es nun tatsächlich richtig wäre, daß die "Massen" steigendes "Mißtrauen" in die "parlamentarischen Machenschaften" haben - was wir stark bezweifeln -, dann wäre wohl eine 'Volksabstimmung', d.h. eine 'Verbesserung' des Parlamentarismus, das schlechteste Mittel, dieses 'Mißtrauen' auszunützen, daran anzusetzen, um aus dem Mißtrauen, die bewußte Ablehnung zu machen. Nebenbei bemerkt, ist 'Mißtrauen' und 'Ablehnung' des Parlaments für Marxisten noch lange kein antikapitalistisches Kriterium an sich. Solche Tendenzen können auch von <u>rechts</u> kommen und schnurstraks zum <u>Faschismus</u> führen. Kriterium dieses 'Mißtrauens' kann wieder allein der Kampf der Arbeiter selbst sein.

Doch zurück zu den Wahlen. Die oben angesprochenen Illusionen reichen für eine Beteiligung an den 'demokratischen' Spielen der Bourgeoisie nicht aus. Eine weitere Grundlage ist der 'Test' des eigenen Programms, d.h. es geht für die Kommunisten nicht darum, möglichst viele Prozente und Sitze zu erhalten, sondern um eine Reaktion auf das eigene Programm, aus den Reihen der Arbeiterklasse. Das gesteigerte politische Interesse zu Wahlzeiten wird ausgenützt um zu testen, in welchem politischen Zustand sich die Klasse befindet, d.h. wie sie auf die revolutionäre Alternative rea-

SCHRIFTEN ZUM PROGRAMM

NEBEN DEM UBERGANGSPROGRAMM VON 1938 ENTHALT DIESES BUCH TEXTE, DIE VON UNS UBERSETZT WURDEN UND JETZT DAS ERSTE MAL IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINEN.

- DISKUSSIONEN UBER DAS UBERGANGSPROGRAMM
- BEITRAGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN LINKEN OPPOSITION UND DER VIERTEN INTERNATIONALEN (AUS DEN JAHREN 1938 - 1940)

128 S. DM 6,50

permanente revolution FUR DEN WIEDERAUFBAU DER IV INTERNATIONALE!

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



Bestellungen an:
IKL, 1010 Wien, Postfach 1454

giert. Eine weitere Grundlage ist die des 'gemeinsamen Stück Weges', d.h. die kritische Unterstützung einer Partei oder Bewegung, die sich zu den Zielen der Arbeiterklasse bekennt, aber falsche, und/oder ungenügende Antworten auf Probleme gibt, die die Arbeiter unmittelbar betreffen. Voraussetzung dafür ist aber, daß überhaupt die Möglichkeit besteht, 'ein Stück Weges' gemeinsam zu gehen. Diese Grundlage der Beteiligung an bürgerlichen Wahlen ist also an eine Klassenbewegung, an Bewegungen innerhalb der Arbeiterklasse gebunden. Ein Beispiel kann dies verdeutlichen: Die KPÖ stagniert völlig. Selbst in den Betrieben der Großindustrie geht ihr Einfluß zurück. In diesem Falle gibt es nichts zu unterstützen, als die eingefleischten stalinistischen Kader und einige Mitläufer. Mit wem sollte man auch 'ein Stück des Weges' gemeinsam gehen? Anders wäre die Situation, wenn in den Betrieben der Großindustrie eine Zuwendung junger Arbeiter zur KPÖ zu vermerken wäre. In diesem Falle wäre es falsch, sich den Illusionen dieser Arbeiter schroff entgegenzustellen. Es wäre vielmehr nötig, an ihrer Bereitschaft gegen den Kapitalismus zu kämpfen, anzusetzen, zu versuchen, ihnen klar zu machen, daß die KPÖ nur eine scheinbare Alternative zur Sozialdemokratie ist. Um glaubhaft zu werden, müßten Marxisten eben dieses eine Stück des Weges mit ihnen gehen, ohne auf eine ständige Kritik an der KPÖ zu verzichten. Auf der Ebene der Wahlen - die an sich dabei völlig unwichtig sind - würde dies eine kritische Wahlunterstützung für die KPÖ bedeuten. Tatsächlich wäre dies aber natürlich das Gegenteil einer wirklichen 'Unterstützung' dieser Partei und deren Politik!

Wir glauben, daß Marxisten auch an die Frage der 'Volksabstimmung' nur so herangehen können. Sie selbst werden sie nicht fordern, als Mittel das Parlament und die 'Demokratie' zu 'entlarven', weil dies alles eben keine Frage der Abstimmung, sondern eine des Kampfes ist, aber es kann Situationen geben, wo sie sich an der Durchführung solcher 'Abstimmungen' beteiligen, wenngleich nicht mit jenen Phrasen, die GRM und KBÖ von sich geben.

Wieder ein Beispiel: Wenn Linksreformisten an eine Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen die Arbeitslosigkeit ansetzen und eine 'Volksabstimmung' für die Verankerung des Rechtes auf Arbeit in der Verfassung in die Wege leiten, so ist natürlich weder diese Forderung, noch die Abstimmung für Marxisten entscheidend. Wir halten diese Forderung für gänzlich ungeeignet, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, weil 'Rechte' in der bürgerlichen Verfassung soviel Wert sind, wie der einzelne Abriß des Klosettpapieres. Entscheidend für eine Teilnahme wäre allein der vorhandene Kampfeswille, der eben noch durch Illusionen geprägt ist. D.h. Marxisten würden den Arbeitern sagen, daß diese Forderung ungeeignet ist und sie würden ihre revolutionären Antworten propagieren. Wenn die Arbeiter aber bereit sind, für diese völlig illusionäre Forderung zu kämpfen, werden Marxisten mit ihnen gehen, ohne ihre Ansichten und Alternativen zu verschweigen. Dies ist auch der einzige Weg, um die reformistischen Illusionen im Klassenkampf selbst zu überwinden. Der eigentliche Akt der 'Volksabstimmung' wäre so völlig nebensächlich und bedeutungslos. Im Grunde genommen treten Marxisten auch in dem vorhin beschriebenen Falle nicht für eine 'Volksabstimmung' ein, sondern sie unterstützen einen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, der - wenn auch von Illusionen geprägt - die Situation und das Bewußtsein der Arbeiter verbessern, bzw. heben kann.

KANN MAN DIES AUF DIE AKW-BEWEGUNG IN ÖSTERREICH ÜBERTRAGEN?

Man kann schon, bloß wird man sich dabei das politische Genick - soferne man eines besessen hat - brechen.

Die Maoisten sind zumindest einigermaßen konsequent. Sie sind ja ohnehin der Ansicht, daß "das Volk kein AKW" will und es "massiven Widerstand" gebe. Also eine 'Volksbewegung' ist da...flugs daran anknüpfend wird das "Parlament umzingelt", um es "vollends zu entlarven".

Bevor wir auf diese Frage eingehen, muß noch einiges klar gestellt werden. Der Höhepunkt der österreichischen AKW-Bewegung war ohne Zweifel die Demonstration in Zwentendorf, wo ca. 6000 demonstrierten. Wenn man nun die nationale Mobilisierung berücksichtigt, kann sicherlich festgestellt werden, daß zumindest die Hälfte davon zum 'linken Lager' zu rechnen ist. Mindestens weitere 1000 Teilnehmer müssen den traditionellen Naturschützervereinen und ähnlichen rechten Gruppierungen zugerechnet werden. Bleiben also maximal 2000 Teilnehmer, die als unmittelbar Betroffene reagiert ha-



ben und keiner politischen Organisation angehören. Dies ist an sich nicht schlecht, aber hier von einer 'Volks-', bzw. 'Massenbewegung' zu sprechen, erscheint doch etwas dümmlich.

Wesentlich ist aber, daß die Arbeiterklasse in ihrer absoluten Mehrheit positiv zu den Atomkraftwerken steht, einfach weil sie der Drohung mit der Arbeitslosigkeit, wie sie von der Sozialdemokratie betrieben wird, nichts entgegenzusetzen hat und keine Alternative sieht.

Wenn man nun die oben genannten Kriterien konkret auf die heutige Situation anwendet, sieht es schlimm aus. Als Antwort auf den 'Test', wie die Politik der AKW-Bewegung aufgenommen wird, würden die 'revolutionären Marxisten' und die 'Marxisten-Leninisten' ein absolutes Ja zu Zwentendorf von der Arbeiterklasse und ein Nein von den FPÖ-Wählern, den Naturschützern und rechten Kleinbürgern erhalten. Wir gratulieren im Voraus, und fragen uns, wo und wie dies den Interessen der Arbeiterklasse entspricht?

Doch die GRM ist trotz allem noch etwas realistischer als die Maoisten. Sie begreift zumindest, daß die AKW-Bewegung stagniert, Demonstrationen und Kundgebungen sich zwangsläufig totlaufen müssen und sucht nach einer Perspektive. Und sie findet auch eine - die 'Volksabstimmung', weil diese eine "glaubwürdige demokratische Alternative (!) zu den offen undemokratischen Schiebereien von Regierung und Industrie" darstellt ('rotfront'). Die stagnierende Bewegung soll durch eine Abstimmung, d.h. durch eine Verbesserung und Aufwertung des Parlamentarismus, wieder 'angeheizt' werden. Nicht der Kampf ist die Grundlage für die GRM, sondern die Abstimmung. Auch die GRM sieht "steigendes Mißtrauen" der Massen, die angeblich "real beunruhigt" sind. In Linz demonstrierten 17o bis 2oo, in Klagenfurt 1oo, in Salzburg 22o - woraus geschlossen werden darf, daß in den entsprechenden Bundesländern eben soviele Menschen (über deren Klasseninteresse hier einmal geschwiegen werden soll) bereit sind, aktiv gegen AKWs zu werden. Selbst für österreichische Verhältnisse ist weder von der qualitativen, noch von der quantitativen Seite her, also von einer 'Volks'- oder 'Massenbewegung' zu sprechen. Doch die GRM hat noch einen weiteren 'Zünder' auf Lager.

"Um einer Manipulation der öffentlichen Diskussion durch die finanzkräftige Atom-Lobby vorzubeugen, muß der Staat (!) einen ausreichenden Zugang der AKW-Gegner zu den Massenmedien ermöglichen" ('rotfront').

Neutraler Staat, hilf uns gegen die Atom-Lobby! Ach so, diese schlaue Forderung soll den Staat 'entlarven'. Sehr schlau. Man fördert die Illusionen in den bürgerlichen Staat, um sie bekämpfen zu können... Die marxistische Methode ist hier schon so steil nach oben getrieben worden, daß sie wirklich kaum mehr zu sehen ist!

Auch diese Forderung setzt nicht an den Klasseninteressen des Proletariats an, hat nicht den Kampf gegen etwas und für etwas zur Grundlage, sondern ist ein simpler Appell an den bürgerlichen Staat, er solle doch auch wirklich - bitt schön - 'demokratisch' sein.

So gehen Maoisten und GRM mit einer grundsätzlich anderen Methode, als der oben beschriebenen, an die Frage der 'Volksabstimmung' heran. Haben die Maoisten noch wenigstens die Einbildung der 'Massenbewegung' zur Verfügung, bleibt der GRM nicht einmal das. In ihrem Konzept ist die Abstimmung das Mittel um der Bewegung überhaupt wieder auf die Beine zu helfen. Die Perspektive ist der 'demokratische Kampf', die 'Verbesserung' des Parlamentarismus, die Förderung von Illusionen in die bürgerliche Demokratie.

Mit oder ohne eingebildeter 'Massenbewegung', bleibt die Tatsache bestehen, daß eine solche 'Volksabstimmung', weder den Interessen der Arbeiterklasse, noch der Hebung deren Bewußtseins dienen kann.

